

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 zt., mit Zustellgeld 3,80 zt. Bei Postbezug monatl. 3,89 zt., vierteljährlich 11,66 zt. Unter Streifband in Polen monatl. 7,50 zt., Danzig 2,50 zt., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernbus-Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abteilung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Bremen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 107

Bromberg, Freitag, den 10. Mai 1935.

59. Jahrg.

Benedig — Rom.

Das einzige Ergebnis der Borlonferenz: neue Konferenzen.

Es ist die Eigentümlichkeit der internationalen Konferenzen unserer Zeit, daß sie erstens einmal „nicht zu Beschlüssen führen sollen“, — wenigstens sagt man so jetzt, wenn die Konferenz zu Ende ist — und daß sie zweitens immer neue Konferenzen gebären, für die selbstverständlich, je nach Bedarf, der gleiche Vorbehalt — oder man könnte auch sagen: die gleiche Entschuldigung — gemacht wird.

Als Frankreich, England und Italien in Stresa zusammen saßen und noch einmal versicherten, daß sie am Londoner Communiqué vom 3. Februar festhalten wollten, nahmen sie in Aussicht, über einen der namentlich für Italien besonders wichtigen Punkte dieses Communiqués, den auf Österreich gemünzten „Nichteinmischungspakt“, im Mai in Rom noch einmal zu beraten, und dazu sollten dann die übrigen am österreichischen Problem interessierten Staaten auch miteingeladen werden. Bald danach gewann man in Italien aber die Überzeugung, daß die Dinge doch offenbar noch nicht so völlig verhandlungsfrei seien, und man fühlte das Bedürfnis, vor Rom zunächst einmal mit den beiden Donaustaaten zusammenzutreffen, mit denen Italien durch die Dreierprotokolle vom März 1934 in eine besondere Verbindung getreten ist, mit Österreich und Ungarn. Es wurde also die Vorkonferenz in Benedig angesetzt, die eben zu Ende gegangen ist. Prompt hat Herr Suvich der internationalen Presse die stereotype Erklärung abgegeben, es habe sich in Benedig „nicht um eine Konferenz gehandelt, die zu Beschlüssen führen sollte.“ Auf Deutsch gesprochen: Es ist nichts dabei herausgekommen. Abgesehen von dem einen allerdings, daß man, ehe die große Zusammenkunft in Rom stattfindet, die inzwischen übrigens auf den Juni verschoben wurde, noch einmal eine Sonderberatung mit den Außenministern der kleinen Entente für notwendig befunden hat. Sie werden demnächst nach der italienischen Hauptstadt gebeten werden.

Diese Einladung ist für den Verlauf der Konferenz von Benedig kennzeichnender als das farblose offizielle Communiqué. Das Problem des Donauraums ist nämlich, von anderen Schwierigkeiten abgesehen, nicht lösbar, ohne eine Vereinigung der Gegenseite, die zwischen Österreich und Ungarn einerseits, der kleinen Entente andererseits, bestehen. Es hatte eine Weile den Anschein, als arbeite die italienische Diplomatie auf der Seite dieser beiden Staaten und gegen den Widerstand, den die kleine Entente, namentlich Jugoslawien, ihren Forderungen entgegenstellt. Seit Herr Mussolini sich mit Herrn Lavall gelegentlich des römischen Besuchs des französischen Außenministers geeinigt hat, hat Italien eine Schwenkung vollzogen. Frankreich hat die Verbindungsäden zwischen Rom und Belgrad gelegt, und in italienischen Zeitungen, die noch vor Jahresfrist bei Gelegenheit recht rauhe Töne gegen die jugoslawische Politik anzuschlagen wußten, schreibt man jetzt mit Vorliebe von der Verständigung mit dem Nachbarn im Nordosten.

Seitdem aber Rom sein Herz für die kleine Entente entdeckt hat, ist das Verhältnis zu Österreich und namentlich zu Ungarn natürlich schwieriger geworden. Man hatte in Budapest und in Wien Hoffnungen erwacht und vielleicht auch gewisse Blankoschel ausgelebt, für die nun die Deckung fehlt. Die italienische Diplomatie, einst in der selbstgewählten Rolle des Gönners und Beschützers der beiden Staaten, zieht sich notgedrungen auf die heiklere und undankbarere Stellung des Vermittlers zurück.

In Benedig hat sie damit vorläufig nicht viel Glück gehabt. Ungarn hat jedenfalls seine Wechsel präsentiert und hat sich keineswegs ohne weiteres abweichen lassen. Da ist die Forderung nach Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen, die Ungarn im Vertrage von Trianon auferlegt wurden. Die kleine Entente ist strikt dagegen. Was könnte Italien also anderes tun, als in Benedig zu erklären, die Donaukonferenz in Rom werde „nicht das geeignete Forum für die Äußerung derartiger Wünsche“ sein. Solche Dinge müßten „in Genf“ verhandelt werden, und dort würde Italien sie unterstützen, vielleicht „unter Umständen“ für die Abhaltung einer Sonderkonferenz zur Erörterung des Rüstungsstandes eintreten. Da ist weiter aber das ganz starke und geradezu lebenswichtige Verlangen Ungarns nach einer Revision der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages. So wie man die ungarischen Grenzen schnitt, ist das Land einfach nicht lebensfähig. Von italienischer Seite ist die Revisionsnotwendigkeit mehr als einmal ohne jede Zweideutigkeit anerkannt worden. Die Auffassung der Forderung in Benedig als eine auf die Tagesordnung von Rom zu sehende Angelegenheit ist von Italien angesichts der neuen Situation aber nicht als angenehm empfunden worden.

Ungarn, das sich übrigens durch die Nichteinmischungsverpflichtung in den geplanten Donaupakt nicht daran hindern lassen will, für den Schutz der ungarischen Minderheiten im Auslande einzutreten, hat aber auch Bedenken dagegen, daß neben dem allgemeinen Donaupakt zwischen einzelnen Signatarmächten zweiteilige Hilfeleistungsverträge abgeschlossen werden, die unter Um-

ständen Rechts- und Interessenkollisionen hervorrufen könnten. Auch darauf hat Italien in Benedig keine befriedigende Antwort geben können. Auf keinen Fall will Ungarn durch seinen Beitritt zum Donaupakt gezwungen werden, gegebenenfalls die Waffen gegen Deutschland zu richten. Auch Österreich ist nachdrücklich geworden wegen des angeblich zu seinem Schutz erkannten Nichteinmischungspaktes, der — das hat man in Wien inzwischen erkannt — eine etwas einseitige Angelegenheit sein soll, indem er Italien und vielleicht auch anderen ihm nahestehenden Staaten recht drastische Einnahmungsrechte lassen würde. Es wünscht eine Zusicherung, daß die Forderung der kleinen Entente nach einem Interventionsrecht im

Falle einer Restaurierung der Habsburger Dynastie faktisch zurückgenommen wird. Man muß fürchten, daß Prag und Belgrad bei solcher Auslegung der „Nichteinmischung“ den Geschmack an dem ganzen Spiel verlieren. Deshalb die neue Vorkonferenz mit der kleinen Entente.

Die italienische Presse ist angelehnt der Schwierigkeiten, die sich auftun, etwas kleinlaut geworden. Sie war so begeistert, als in Rom die französisch-italienischen Vereinbarungen zustande kamen und glaubte schon, der „Frieden im Donauraum“ — in französisch-italienischer Beleuchtung gesehen — sei nun leicht gemacht. Damit ist es nun nichts. Und man sieht der Konferenz in Rom mit recht gemischten Gefühlen entgegen.

Englisches Verständnis für Deutschlands Lage.

Oberhaus gegen Ratsentschließung vom 16. April.

London, 9. Mai. (DNB.)

Im Oberhaus stand am Dienstag eine durch einen Antrag von Lord Dickinson eingeleitete Aussprache über die gegen Deutschland gerichtete Entschließung des Völkerbundes vom 16. April statt. Der Antrag lautete:

„Das Oberhaus bedauert die Annahme der dritten Schlufolgerung der Ratsentschließung, da sie geeignet ist, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Nationen in einem Augenblick zu unterstreichen, wo alles getan werden sollte, um eine freundschaftliche Zusammenarbeit zu stärken. Das Oberhaus erachtet die Regierung, im Benehmen mit den anderen Mächten die Verhandlungen mit Deutschland auf einer Linie wieder anzunehmen, die für das deutsche Volk annehmbar ist und einen dauerhaften Frieden in Europa sichern wird.“

Zur Begründung seines Antrages erklärte Lord Dickinson zunächst, daß er nicht notwendigerweise eine Abstimmung hier herbeizuführen wünsche, sondern er suche hauptsächlich eine Gelegenheit zu einer Erörterung über einen Abschnitt der laufenden Verhandlungen, der unter Umständen ihren Erfolg in Frage stellen könne.

Die Lage in Europa sei ernst.

Wenn auch vielleicht nicht von einer unmittelbaren Kriegsdrohung gesprochen werden könne, so kehre Europa doch zu einer Vorkriegsatmosphäre zurück, die unvermeidlich zum Konflikt führen müsse, wenn sich nicht alle Völker der zivilisierten Welt zu einer Abwehrmaßnahme zusammenschließen. Im Laufe der Zeit habe sich herausgestellt, daß der Völkerbund selbst die ihm gestellten Ziele nicht alle erreichen könne. Eine neue Generation wachse heran, für die der Weltkrieg eine Sache der Geschichte sei; zwei Drittel der Bevölkerung wüssten heute praktisch nicht, was das Land im Kriege durchgemacht habe. Deshalb müßten bei der Arbeit für den Frieden neue Methoden angewandt und an neue Gesinnungen appelliert werden. Das beziehe sich besonders auf Deutschland, wo die neue Generation rapide ihre Rechte gestend mache. Sie fühle sich für den Krieg nicht verantwortlich und wisse nicht, warum sie für die Handlungen einer Regierung leiden solle, von der sie sich seit langem selbst befreit habe. Diese Überlegung müsse angesetzt werden, wenn man sich mit Deutschland beschäftige. Das sei bisher nicht ausreichend geschehen.

Nach den Erfahrungen, die Deutschland im Völkerbund und auf der Abrüstungskonferenz gemacht habe, sei es nicht überraschend, daß das deutsche Volk im Völkerbund eine Einrichtung sehe, die sich seinen Wünschen in jeder Beziehung widerstehe. Aus diesem Grunde habe man Hitler beifall gegeben, als er den Austritt Deutschlands erklärte.

Wenn die anderen europäischen Mächte Deutschland in Versailles so behandeln hätten wie die Engländer die Buren in Vereinigung, so würde Europa wahrscheinlich schon wieder auf dem Wege zum Wohlstand sein.

Es scheine ihm, dem Redner, als ob man heute wieder in denselben Fehler verfallen. Auf allen Seiten höre man sagen, daß man den Deutschen nicht trauen könne. Er wage zu sagen, daß man zwar nicht allen Deutschen vertrauen könne, aber es sei absurd, zu sagen, daß die gesamte Deutsche Nation nicht ihr Wort halten werde, und es sei närrisch, bei der Eröffnung von Verhandlungen gleich zu sagen, daß man nicht beabsichtige, sich auf etwaige Versprechungen zu verlassen.

Die Deutschen sähen den Berliner Vertrag in einem ganz anderen Licht als die Engländer und er pflichte der „Times“ bei, wenn sie sage, daß der Vertrag ohne Befragung der unterlegenen Mächte aufgestellt worden sei. Der Teil V dieses Vertrages sei in Durchführung der 14 Punkte Wilsons, auf die hin die deutschen Truppen die Waffen niedergelegt hätten, eingefügt worden. Es sei vorgesehen worden, daß die nationalen Rüstungen vermindert werden sollten und das sei von beiden Seiten als eine grundlegende Friedensbedingung angenommen worden. 16 Jahre seien seitdem vergangen und keine allgemeine Verminderung oder Begrenzung der Rüstungen sei erzielt. Die Deutsche Regierung vertrete die Ansicht, daß die anderen Mächte ihr Wort nicht gehalten hätten und daß daher dieser Teil des Vertrages für Deutschland nicht

länger bindend sei. Diese Auffassung sei nicht unvernünftig. Alles das zeige, wie vorsichtig man bei der Meinungsbildung über diese Frage sein müsse.

Es sei jetzt an der Zeit, die Völker auf der Grundlage gegenseitiger Zusammenarbeit miteinander zu versöhnen, und er glaube, daß der gegenwärtige Augenblick hierzu günstig sei. Hitler habe klar und deutlich seinen Wunsch nach Frieden zum Ausdruck gebracht. Die Massen des deutschen Volkes wünschten den Frieden. Es müsse gewillt sein, reinen Tisch zu machen, und man dürfe es nicht zugeben, daß persönliche und nationale Vorurteile den Weg zu einer wahren Brüderlichkeit der Nationen blockieren.

Nach Lord Dickinson sprach der frühere britische Botschafter in Rom, Lord Kennel, der ebenfalls das Vorgehen des Völkerbundes tadelte. Er begrüßte die Rede des Ministerpräsidenten vom vergangenen Donnerstag, da sie die Tür für Verhandlungen offen lasse und hoffe, daß diese Verhandlungen in einem besseren Geist der Fairness geführt würden, als in der von Vorurteilen behafteten Vergangenheit möglich gewesen sei.

Der oppositionelle Liberale Lord Mottistone schloß sich dem Antrag Dicksons „im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit“ an. Noch sei es Zeit, die Katastrophe der Isolation Deutschlands zu vermeiden, die in einen neuen Krieg ausmünden müsse. Lord Mottistone, der zu den britischen Abgeordneten in Versailles gehörte, schilderte hierauf den Vorgang der von Deutschland erzwungenen Unterschrift. Die Geschichte werde zeigen,

dass nicht Deutschland, sondern die anderen Mächte ihr im Teil V abgegebenes Versprechen nicht erfüllt hätten.

Er selbst sei davon überzeugt, daß es nicht einen einzigen Deutschen gebe, der Streitigkeiten mit England wünsche. Es sei selbstsinnhaft, daß alles, was deutscherseits getan würde, besonders in England, als Feindseligkeit gegen alle anderen ausgelegt werde, daß aber keine Notiz davon genommen werde, wenn andere genau das gleiche täten.

Im weiteren Verlauf der Oberhaussitzung gab Lord Allen der Überzeugung Ausdruck, daß die Britische Regierung heute eine größere Bereitschaft zur Fortsetzung der Verhandlungen mit Deutschland habe, als seit geraumer Zeit. Das Problem, das jetzt den Weg blockiere, sei das Misstrauen. Es sei notwendig, eine Verhandlungstechnik ausfindig zu machen, die eine Beseitigung dieses Misstraus ermögliche.

Lord Noel Buxton sprach von seinem kürzlichen Besuch in Deutschland und erklärte, das tiefe Gefühl der Unrechtmäßigkeit, das in Deutschland empfunden werde, habe auf ihn ebensovielen Eindruck gemacht, wie die echte Furcht vor dem Kommunismus. Der grundlegende Fehler in der bisherigen britischen Politik sei auf den überwiegenden Wunsch zurückzuführen,

Frankreich gegenüber loyal zu sein.

In Frankreich erhoffte man eine Politik der Einigung, die aber England nicht mitmachen dürfe.

Nach einer Rede Lord Newtons, der ebenfalls nicht einzusehen vermochte, warum England mit Deutschland nicht auf gleich gutem Fuße stehen könne wie mit Frankreich oder Italien, nahm Lord Cecil das Wort zu einer Rede, die in der Behauptung gipfelte, daß die junge Generation in Deutschland in den letzten zwei Jahren im militärischen Sinne erzogen worden sei, was Lord Mottistone zu der Zwischenfrage veranlaßte, ob Lord Cecil kürzlich in Deutschland gewesen sei. Cecil mußte diese Frage verneinen, was Mottistone zu dem entrüsteten Ruf veranlaßte:

„Wie kann man es wagen, über ein Land zu sprechen, das man nicht gesehen hat!“

Cecil schloß mit der Aufforderung an die Englische Regierung, eine endgültige Abrüstungspolitik zu betreiben, die auch Sanktionen einschließen müsse. Lord Lothian warf die Frage nach der wahren Bedeutung des letzten Teiles der Genfer Entschließung auf. Was ihn unruhig, sei die Tatsache, daß dieser Teil zu bedeuten scheine, jedes Land der Welt sollte verpflichtet werden, den status quo unter Kriegsdrohungen aufrechtzuerhalten. Das sei eine ungeheure Erweiterung der Be-

pflichtungen zum Kriege, und er hoffe, daß die Regierung hierzu ihre Hand nicht bieten werde.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Lord Stanhope, antwortet hierauf für die Regierung. Er hofft immer noch, daß ein Rücktrittssabkommen möglich sein werde. Was den Vorschlag auf eine Wiederbelebung der Abrüstungskonferenz angehe, so hofft England, eine Basis von

200 000 Mann für alle Hauptländer Europas

zu erreichen. Möge Deutschland jetzt auch praktische Vorschläge machen, die uns in die Lage versetzen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Deutschland habe die von anderen Ländern gemachten Vorschläge häufig kritisiert. Es schäme nicht den Ostwall und einige andere Dinge. Möge es jetzt andere Vorschläge machen, und man werde zu sehen, ob eine Vereinbarung über Vorschläge erzielt werden könne, an denen Deutschland festhalte.

Lord Dickinson, der den Antrag über die Genfer Entschließung eingereicht hatte, erklärte zum Schluß, daß der hiermit beabsichtigte Zweck durch die Aussprache erreicht worden sei, so daß er nunmehr den Antrag wieder zurückziehen könne.

Die Dominien gegen neue englische Bindungen.

Wie amtlich mitgeteilt wird, fand Dienstag morgen zwischen englischen Ministern und den in London anwesenden Premierministern der britischen Dominien unter dem Vorsitz Macdonalds eine weitere Aussprache über die internationale Lage statt. Über den Verlauf dieser wie der in voriger Woche abgehaltenen Befragung über den gleichen Gegenstand wird amtlich keine Mitteilung gemacht. Es ist aber in politischen Kreisen bekannt, daß die Dominien-Regierungen einmütig scharfe Bedenken gegen eine einseitige Festlegung Englands auf dem europäischen Festlande hegten. Diese Bedenken dürften durch ihre Premierminister in den Besprechungen mit dem englischen Regierungschef klargestellt und begründet worden sein.

Nach der "Times" hat man in der Konferenz Nachdruck darauf gelegt, für Deutschland die Tür zu Verhandlungen über den Plan einer kollektiven Sicherheit zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa offen zu halten. Man sei sich darüber einig gewesen, daß ein dauernder Friede ohne die Teilnahme Deutschlands unmöglich sei.

Englands König dankt dem Führer.

Berlin, 9. Mai. (DWB)

Auf das Glückwunschtelegramm, das der Führer und Reichskanzlers dem König von England aus Anlaß seines Silbernen Regierungs-Jubiläums gesandt hat, ist folgendes Danktelegramm eingegangen:

"Ich danke Ihnen, Herr Reichskanzler, für die Glückwünsche, die Sie so freundlich waren, mir gelegenlich meines Silbernen Jubiläums in Ihrem eigenen Namen und im Namen des deutschen Volkes zu übermitteln. Ich bin Ihnen besonders dankbar für die freundliche Erwähnung meiner Bestrebungen und der Bestrebungen meiner Regierung im Interesse des Friedens. Die Sache des Friedens liegt mir sehr am Herzen und ist das ständige Ziel, das meine Regierung vor Augen hat. Ich erwähne Ihre guten Wünsche für den Erfolg dieser Sache und vertraue darauf, daß sich damit nicht nur die Gestaltung meines eigenen Volkes, sondern die der ganzen zivilisierten Welt zum Ausdruck bringe." Georg R. J."

Der Dank an die ausländischen Mächte

und die Dominien.

Am Mittwoch empfing König Georg im Thronsaal des altherwürdigen St. James-Palastes die diplomatischen Vertreter der ausländischen Mächte und die Abgeordneten der britischen Dominien und Kolonien, um ihnen und damit der Welt für die Glückwünsche zu seinem Silbernen Regierungs-Jubiläum zu danken. Der Empfang begann mit einer Ansprache des brasilianischen Botschafters de Oliveira als Vorsitz des diplomatischen Corps.

In seiner Antwort sagte König Georg u. a., er und die Königin seien tief gerührt durch die Wärme und Aufrichtigkeit der Glückwünsche des diplomatischen Corps. "Es ist eine Freude für mich, und wie ich hoffe, ein glückliches Vorzeichen für die Zukunft, daß Abgesandte aus jedem Teil des Erdalles heute hier in Freundschaft und Vertrauen versammelt sind. Ich bete zu Gott, daß die Einmütigkeit, die sie heute an dieser Stelle zusammengebracht hat, ein Sinnbild eines dauerhaften Friedens in der gesamten Welt sein möge."

Dann begrüßten die vier Ministerpräsidenten der britischen Dominien Kanada, Australien, Südafrika und Neuseeland den Monarchen mit kurzen Ergebenheitsadressen, die der König mit Worten des Dankes erwiderte.

*

Lordsiegelsbewahrer Eden wieder genesen.

London, 9. Mai. (DWB) Lordsiegelsbewahrer Eden ist von seiner Krankheit, die er sich bei seiner Rundreise durch Europa zugezogen hatte, nunmehr völlig genesen. Er wird am Montag seine Tätigkeit im Foreign Office wiederaufnehmen.

Landparaden und Friedensschalmeien.

Das Blatt der Roten Armee über den französisch-russischen Pakt.

Aus allen Teilen der Sowjetunion laufen jetzt Berichte über die Paraden der Truppenteile der Roten Armee bei der Maifeier ein, die in der Moskauer Presse veröffentlicht werden. Immer wieder werden die "imponierenden Tanks" geschildert und die "stählernen Falken", die über ihnen in der Luft ihre Kreise zogen usw. Gleichzeitig veröffentlicht die "Krasnaja Swedo", das Blatt der Roten Armee nun auch ihren Artikel über den französisch-russischen Pakt, wobei es auffällt, daß gerade dieses militärische Fachblatt den "friedenfördernden" Charakter des Pakts unterstreicht und röhmt. Es heißt in dem Artikel u. a., daß hier kein Militärbündnis vorliege, eine solche Ausdeutung könnten nur die auf einen Krieg spekulierenden Politiker geben. Von dem beigefügten Protokoll heißt es, daß dieses den letzten Zweifel an den friedlichen Zielen des Bündnisses beseitige. Außerdem habe der Vertrag auch die Bedeutung, daß er "die Möglichkeit gibt, festzustellen, wer ein aufrichtiger Anhänger des Friedens ist und wer den Krieg befürwortet."

Tschechoslowatischer Kredit an die Sowjetunion.

Prag, 9. Mai. (DWB) Unter dem Vorsitz des Finanzministers Dr. Trapl fanden am Dienstag zwischen Vertretern der Sowjetgesandtschaft einerseits und Oberdirektor Dr. Dreiss, sowie Generaldirektor Ingenieur Federer als Vertreter des Bank- und Industriekonsortiums andererseits Verhandlungen über einen Kredit an die Sowjetunion in Höhe von 250 Millionen Kronen statt. Der Kredit wird zum Warenaufkauf in der Tschechoslowakei verwendet werden. Nachdem ein grundsätzliches Einvernehmen erzielt worden ist, wird jetzt der genaue Text des Anleihevertrages ausgearbeitet.

Polnische Bischofskonferenz.

Vom 4. bis 6. Mai hat in Warschau unter dem Vorsitz des Kardinals Skarbkowski eine Konferenz der polnischen Bischöfe stattgefunden, an der 33 Bischöfe teilgenommen haben. Die Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit Problemen der Schulziehung. Sie lenkt ihr Augenmerk auf eine Reihe von unerfreulichen Erscheinungen im Bildungsmeszen des Landes, die u. a. darin erblieben wird, daß katholische Kinder durch Nichtkatholiken unterrichtet werden, daß Organisationen Unterstützung genießen, die den Katholizismus bekämpfen, und daß gewisse Missbräuche bei der körperlichen Ausbildung zu gefundene und moralischen Schaden der Jugend vorgekommen seien.

Ferner erörterte die Konferenz Beschwerden über Geschleidungen, die von nicht katholischen Glaubensgemeinschaften auch in solchen Fällen erteilt werden, in denen die betreffende Ehe in der katholischen Kirche geschlossen ist. Die Bischöfe wollen dagegen energisch auftreten, und außerdem auch die katholische Offenlichkeit neuerdings auf die Heiligkeit und Unlösbarkeit der christlich-katholischen Ehe hinweisen.

Eine deutsche Veranstaltung gesprengt.

J. D. B.-Veranträgen überfallen. Mehrere Verletzte.

Aus Mogilno wird uns berichtet:

Am vergangenen Sonnabend veranstaltete die Ortsgruppe Ortsheim im Lokal der Frau Przybylska ein Maivergnügen mit Theaterstück, das gut besucht war und zu dem auch einige Gäste polnischer Nationalität geladen waren bzw. Eintritt erhalten hatten. Nach den Theateraufführungen, die ohne jegliche Störung verliehen, entstand plötzlich während des Tanzes ein Tumult sowie eine wilde und blutige Schlagerie und Messerstecherei. Einige Personen wurden schwer und mehrere leicht verletzt. In demselben Augenblick wurden von außen von einer Waffe, die sich aus polnischen Einwohnern aus Strelno, Bielsko, Biastazewo und der Tremessener Gegend zusammenstieß, mit Steinen die Fenster des Lokals, das Innere desselben und die Waren demoliert. Unter den im abgeschlossenen Lokal sich befindenden Personen brach eine Panik aus. Alle suchten in den Nebenkästen und Privatzimmern Schutz. Erst nach langerer Zeit wurde die Ordnung wieder hergestellt. Die verletzten Personen mußten in ärztliche Behandlung gebracht werden.

An demselben Abend wurden

im evangelischen Pfarrhaus

in Ortsheim die Fensterscheiben zertrümmert, so daß Pfarrer Dietelkamp mit seiner Familie die Nacht im Freien zu bringen mußte.

Als er darauf am Sonntag in Gembiz Gottesdienst abhielt, wurde plötzlich ein geheimnisvoller Schuß abgegeben. Die Angel drang in der Nähe der Kanzel in die Wand.

Worauf diese außerordentlich bedauernswerten Ausschreitungen gegen deutsche Mitbürger zurückzuführen sind, und welche Elemente sie veranlaßt haben, werden die Untersuchungen ergeben, die der Kreispolizeikommandant Okotowicz durchführt.

Gegen hohe Verwaltungsstrafen.

Wie die Warschauer Regierungspresse meldet, hat der Innenminister in einem Runderlaß an die Wojewoden und Starosten auf Klagen hingewiesen, in denen über die allzu häufigen und allzu hohen Verwaltungsstrafen Beschwerde geführt wird.

Der Minister erinnert mit Nachdruck an seine früheren in dieser Angelegenheit erlassenen Rundschreiben und betont, daß die Verwaltungsstrafen einen erzieherischen und nicht lediglich einen repressiven Charakter haben sollten. Es seien daher nicht Strafen zu verhängen, wenn es sich um geringfügige Verfehlungen handelt, die nicht aus bösem Willen, sondern durch ein Versehen oder die Unkenntnis der Bestimmungen verübt werden. In diesen Fällen sei eine gewöhnliche Verwarnung am Platze.

Weiter weist der Minister auf die übertriebene Höhe besonders der Geldstrafen hin. In jedem einzelnen Falle müßten die materiellen Bedingungen der zu bestrafenden Personen in Betracht gezogen werden, damit die Geldstrafe nicht eine im Verhältnis zu ihrer finanziellen Lage übermäßige Belastung darstelle. Verhandlungen im Verwaltungsverfahren sollten so geführt werden, damit den interessierten Personen und den Behörden möglichst wenig Zeit genommen wird. Dagegen seien die unter Berücksichtigung aller dieser Umstände verhängten Strafen rücksichtslos zu vollstrecken und die Geldstrafen einzuziehen.

Abschluß der Kownoer Konferenz.

Die Konferenz der drei baltischen Außenminister, die am Montag in Kowno begann, wurde am Mittwoch nachmittag beendet.

Über den Abschluß der Konferenz bringt die Litauische Telegraphen-Agentur einen längeren amtlichen Schlußbericht. Danach ist es auf der Konferenz zum Abschluß auch nicht nur eines einzigen Abkommens gekommen. Es wird lediglich festgestellt, daß die Bemühungen zur Sicherung des Friedens in Osteuropa, die ursprünglich ihren Ausdruck in dem Gedanken des Ostwalls gefunden hätten, fortgesetzt werden und daß die Anstrengungen der Mächte bisher insoweit Ergebnisse gezeigt hätten, als die Mächte ihre Zustimmung zu dem Gedanken eines kollektiven und regionalen Sicherheitssystems gegeben hätten. Die drei Staaten seien bereit, ihre aktive und ehrliche Mitarbeit jeder Aktion zu leihen, die die Verstärkung der Sicherheitsgarantien in Osteuropa zum Ziele habe.

Die drei Außenminister würden die Methoden ihrer Zusammenarbeit im Geiste des Völkerbundpaktes prüfen und vertiefen. Sie seien entschlossen, sich gegenseitig nach den Bestimmungen des Artikels 1 des baltischen Annahmeabkommens vom 18. August 1934 politische und diplomatische Hilfe zu leisten.

Vom Bußgeld bis zur Todesstrafe.

Nationalsozialistische Leitfäden für das neue deutsche Strafrecht.

Das Reichsgerichtsamt der NSDAP gibt jetzt "nationalsozialistische Leitfäden für ein neues deutsches Strafrecht" heraus, die mit einem Vorwort des Reichsleiters Dr. Frank versehen sind. Die Leitfäden betonen u. a., daß der hohe Wert der Volksgemeinschaft die unbedingte Einhaltung der Treuepflicht verlange und daß der Verletzung der Treuepflicht grundsätzlich der Verlust der Ehre folge. Das Strafgesetz müsse klar und vollständig sein und die Übereinstimmung mit dem völkischen Rechts- und Sittengefühl widerspiegeln. Zur Ahndung von Verstößen, die nur die Reibungslosigkeit gewisser funktioneller Lebensäußerungen der Volksgemeinschaft beeinträchtigen, sei ein eigenes, selbständiges aufzubauendes Ordnungsstrafrecht zu schaffen. Im nationalsozialistischen Strafrecht könne es kein formelles Recht oder Unrecht, sondern nur den Gedanken der materiellen Gerechtigkeit geben.

Im einzelnen werden im Abschnitt "Strafverschärfung" u. a. aufgeführt die Beeinträchtigung oder Wegnahme der freien Betätigung in einem Pflichtenkreis und die vom Gericht anzuordnende, gradmäßige Abtäuschung des Strafvollzugs. Ein besonders verwerflicher Angriff gegen die höchsten volksgenossischen Pflichten soll daher verschärft werden.

Im Strafarten werden aufgezählt: 1. Todesstrafe; 2. Buchthalte, a) lebenslänglich und b) von 1–15 Jahren; 3. Gefängnis von einem Monat bis zu 10 Jahren; 4. Haft von einer Woche bis zu zwei Jahren; 5. Strafen am Vermögen, a) Einziehung des Vermögens und b) Geldstrafen von einem Bußtaler an.

Als Ordnungsstrafen werden erwähnt: 1. Verwarnung (etwa durch den Friedensrichter); 2. Bußgeld (einzu ziehen wie Gebühren); 3. Einsperrung (etwa bis zu neun Monaten); 4. verschärfte Einsperrung (etwa bis zu sechs Monaten).

Diplomatische Besprechungen bei Laval.

Paris, 9. Mai. (DWB) Außenminister Laval hat am Vorabend seiner Warschauer und Moskauer Reise eine ganze Reihe wichtiger diplomatischer Besprechungen. Er empfing zunächst den italienischen Botschafter in Paris, der ihn wahrscheinlich über den Ausgang der Konferenz von Benedig unterrichtete. Anschließend hatte er eine Unterredung mit dem polnischen Botschafter Chlapowski über seinen Warschauer Besuch, und schließlich mit dem Gesandten Griechenlands und Süßlawiens. Er empfing außerdem den apostolischen Nuntius.

Potemkin nach Moskau abgereist.

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch des französischen Außenministers Laval in Moskau ist, wie die amtliche sowjetrussische Telegraphenagentur meldet, der Sonderbotschafter Potemkin aus Paris am Mittwoch nach Moskau abgereist, um an den Empfangsvorbereitungen teilzunehmen.

Glückwunschtelegramme zum 3. Mai.

Aus Warschau meldet die Polnische Telegraphen-Agentur, daß der Präsident der Republik anlässlich des Nationalfeiertages des 3. Mai, der auch in diesem Jahre in der üblichen Weise in Polen begangen wurde, Glückwunschtelegramme u. a. von folgenden regierenden Häuptern erhalten hat:

König Viktor Emanuel III. von Italien, König Leopold III. von Belgien, König Boris III. von Bulgarien, König Fouad I. von Ägypten, Kaiser von Iran, Schah Pahlavi, König Ghazi I. von Irak, König Mohammed Zahir Khan von Afghanistan, Präsident von Frankreich Albert Lebrun, Präsident der Vereinigten Staaten Thomas Franklin Roosevelt, Präsident der Tschechoslowakei G. Masaryk, Präsident von Estland Konstantin Paets, Präsident von Salvador Allende Hernández Martínez, Präsident von Mexiko Lazaro Cardenas, Präsident von Argentinien Augusto P. Justo.

kleine Rundschau.

Im Auto verbrannt.

Am Montag früh wurde die Berliner Feuerwehr telefonisch nach dem Satwinkler Damm (Jungfernheide) alarmiert, wo ein Personenkraftwagen in Brand geraten war. Bei ihrem Eintreffen fanden die Feuerwehrmänner einen vollkommen ausgebrannten Personenkraftwagen vor. Am Steuer des Autos lag eine bis zur Unkenntlichkeit verbröckelte Leiche. Etwa 20 Meter hinter dem Wagen wurde eine 20 Liter fassende leere Benzinkanne vorgefunden. Eine Identifizierung war bisher noch nicht möglich. Die Ermittlungen über diesen höchst rätselhaften Vorfall sind im Gange.

Sieben Tote bei einem Bootsunfall auf der Donau.

Ein schweres Bootsunfall auf der Donau hat bei Mitter-Arnisdorf in der Wachau sechs Menschenleben kostet. Eine Gesellschaft von 10 Personen wollte mit einem Boot den gegenwärtig infolge des Hochwassers sehr reißenden Donaustrom überqueren. Das Boot kenterte plötzlich und alle 10 Insassen stürzten in die eiskalte Flut. Nur vier von ihnen konnten gerettet werden, während die übrigen sechs ertranken. Bisher konnte nur eine Leiche geborgen werden. Ein geretteter 13jähriger Gymnasiast aus Wien hat bei diesem Unglück Vater und Mutter verloren.

Wasserstand der Reichsleitung vom 9. Mai 1935.

Kralau - 2,76 (- 2,79). Bawischof + 1,32 (+ 1,36). Warlichau + 1,35 (+ 1,40). Bloch + 1,39 (+ 1,42). Thorn 1,59 (+ 1,60). Fördon + 1,69 (+ 1,70). Culm + 1,40 (+ 1,43). Graudenz + 1,77 (+ 1,78). Kurzebrat + 1,89 (+ 1,90). Piepel + 1,20 (+ 1,22). Dirschau + 1,28 (+ 1,30). Einlage + 2,26 (+ 2,64). Schiemendorf 2,86 (+ 2,76). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verhüllungsertheilung ausgeschrieben.

Bromberg, 9. Mai.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist heiteres Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.

Zwei „Weltreisende“ auf der Anlagebank.

Auf einen ungewöhnlichen Gedanken verfielen der 31-jährige Kaufmann Bronislaw Szymczak aus Posen und der 29-jährige Bureauangestellte Ludwig Komorczyk aus Samter. Die beiden lernten sich eines Tages in Posen kennen und da sie arbeitslos waren, dachten sie lange darüber nach, auf welche Weise die viele freie Zeit am nutzbringendsten anzuwenden wäre. Schließlich verfiel Szymczak auf die Idee, sich als Weltreisende auszugeben. Das war eine Idee, aus der sich vielleicht Kapital schlagen ließ. Da Sz. sich durch seinen früheren Aufenthalt in Frankreich etwas die französische Sprache angeeignet hatte, wurde zunächst einmal beschlossen, sich französische Namen anzulegen, um als „wachechte Franzosen“ aufzutreten. Sz. nannte sich George Langlade und seinen Freund Louis Jeannette. Nun wurde ein dickes Reisebuch angeschafft, in das sich die verschiedenen Würdenträger und andere Personen, die man aufzufinden gedachte, eintragen sollten. So ausgerüstet, begaben sie sich mit frischem Mut auf ihre Weltreise. Die beiden Globetrotter besuchten verschiedene Städte in Polen und wurden überall, wohin sie kamen, freundlich aufgenommen. Institutionen, Behörden und hohe Persönlichkeiten, denen die Weltreisenden ihren Besuch abstatteten, kamen ihrer Bitte gern nach und trugen sich in das Reisebuch ein. Allmählich füllte sich dieses mit etwa 900 Unterschriften. Jeder gab den beiden auch gern einen kleinen Geldbetrag als Beggarung.

Ihre mit soviel Hoffnungen begonnene Weltreise sollte jedoch in Bromberg ein vorzeitiges Ende finden. Als sie im September v. J. hier antrafen, begann sich die Polizei für die beiden „Weltreisenden“ zu interessieren und verhaftete sie schließlich. Auf der Kriminalpolizei wurden sie unter Hinzuziehung eines Professors der französischen Sprache einem eingehenden Verhör unterzogen, wobei sich ergab, daß es mit den französischen Sprachkenntnissen der beiden nicht weit her war. In das Kreuzverhör genommen, legten sie endlich ein Geständnis ab.

Die beiden Weltreisenden hatten sich jetzt wegen Irreführung der Behörden, Zuliegung falscher Namen und Beitrages vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Sie bekannten sich reumütig zur Schuld und führen zu ihrer Verteidigung an, daß sie aus Liebe zu Polen (!) und um die verschiedenen Sehenswürdigkeiten kennen zu lernen (!), auf den Einfalls verfallen seien, sich als Weltreisende auszugeben.

Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Ein raffiniertes Gaunertrio.

das in verschiedenen Städten mit Erfolg aufrat, besuchte im April v. J. auch unsere Brahestadt, um hier ein „Gauerspiel“ zu geben. Dem Trio, dessen Spezialfach in der Ausübung des Tricks mit dem verlorenen Geldpäckchen bestand, gehörten an: der 25-jährige frühere Bureauangestellte Wladyslaw Omasta aus Będzin, die 26-jährige Stanisława Goszczyka und die 28-jährige Maria Cyranowicz, beide aus Warschau. Am 11. April v. J. traf die Gesellschaft in Bromberg ein, wo sie in einem kleinen Hotel Wohnung nahm. Schon am nächsten Tage, nachdem man sich von der ankommenden Reise erholt hatte, begaben sich die drei mit frischen Kräften an ihre „Arbeit“. Diese bestand darin, daß eine der weiblichen Komplizen des D. sich in eine Bank stieß und dort Umschau nach einem Opfer hielt. Hatte sie ein solches entdeckt, das von der Bank einen größeren Betrag abhob, dann knüpfte sie in der liebenswürdigsten Weise ein Gespräch an, wobei sie es so einzurichten verstand, daß sie mit dem oder der Betreffenden zusammen das Bankhaus verließ und ihren draußen wartenden Komplizen mit den Fingern ein Zeichen gab, welchen Betrag ihr Opfer ungefähr bei sich hatte. Die Anknüpfung der Bekanntschaft übernahm gewöhnlich die redegewandte Goszczyka.

An dem betreffenden Tage suchte die G. während Omasta und die Cyranowicz draußen warteten, die Städtische Spar-Kasse in der früheren Wilhelmstraße auf. Dort beobachtete sie, wie die Angestellte der Bank Ludowy, Wladyslawa Dorau, von der Kasse 2500 Zloty abhob. Sofort redete sie diese an und erkundigte sich bei ihr, wieviel Prozent die Bank für Spareinlagen zahle, da sie in der Stadt fremd sei und einen größeren Geldbetrag bei einer der hiesigen Banken einzahlen möchte. Es entwickelte sich zwischen den beiden eine angeregte Unterhaltung und gemeinsam verließ man die Bank. In der Brückenstraße angelangt, näherte sich den beiden die Komplizin der G., hob plötzlich ein in Zeitungspapier gewickeltes Päckchen auf und fragte die D., ob sie vielleicht das Päckchen verloren habe. Als diese verneinte, öffnete die G. ein wenig das Päckchen und bemerkte dann freudig, daß sich in demselben anscheinend Dollar befinden. Die Begleiterin der Bankangestellten überredete diese gemeinsam in ein Hause zu gehen, um dort das Päckchen einer genauen Prüfung zu unterziehen. Die Bankangestellte D. fiel auf den Schwindel herein und folgte in ihrer Leichtgläubigkeit den beiden Gaunerinnen. Alles andere spielte sich jetzt programmatisch und in rascher Folge ab. Omasta, elegant gekleidet, mit grauem Halbzylinder, tauchte plötzlich vor den drei Frauen auf und wandte sich sofort in gut gespielter Aufregung an die D., die er beschuldigte, sein soeben auf der Straße verlorenes Geldpäckchen gefunden zu haben. Diese wies die Beschuldigung entrüstet zurück, aber schon hatte sich der elegante Fremde ihrer Aktentasche bemächtigt, diese geöffnet, um sie aber sofort der D. mit einer Entschuldigung zurückzurreichen, da er sich überzeugt habe, daß es nicht sein Geld sei. Dies alles wirkte sich so blitzschnell ab, daß, als die überraschte D. zur Besinnung kam, der Fremde, sowohl wie die beiden Frauen plötzlich verschwunden waren und mit ihnen die 2500 Zloty aus der Aktentasche! Trotz der wenigen Sekunden, während der der Gauner die Aktentasche in den Händen gehabt hatte, hatte er es verstanden, das Geld aus der Tasche heraus- und statt dessen altes Zeitungspapier hineinzuzubauen.

Der von den Gaunern geprägten D. blieb nichts weiter übrig, als den Verlust der Polizei zu melden.

Schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es, durch Vermittlung der Warschauer Kriminalpolizei die Goszczyka zu ermitteln und festzunehmen. Im November v. J. wurde sie vom hiesigen Bezirksgericht zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Jetzt hatte sich auch Omasta vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Wie aus der Verhandlung hervorgeht, war das Gaunertrio nach dem gelungenen Abenteuer mit einer Autotaxe bis nach Thorn gefahren und von dort mit der Eisenbahn nach Warschau. Bei der Teilung der Beute versuchte D. seine beiden Assistentinnen zu begaunern, indem er angab, daß sich in der Aktentasche nur 1500 Zloty befunden haben. Damit kam er aber bei den beiden schlecht an, denn diese drohten, ihn sofort der Polizei zu übergeben. Beide Frauen erhielten je 600 Zloty, den Rest behielt D. Bisher ist es noch nicht gelungen, die G. festzunehmen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren.

Mutterhilfe 1935

heißt die Opferkarte zum Muttertag. Kaufe sie — benutze sie. Schicke deiner Mutter an ihrem Ehrentage einen Gruß!

§ Amtsverlegung. Das Eichamt ist von der Thornerstraße nach dem Hause Hoffmannstraße (Piotra Skargi) 3 verlegt worden.

§ Eine Delegation der 15. Infanterie-Division aus Bromberg unter Leitung des Divisionskommandeurs Oberst Chmura wies traf in Warschau ein und wurde im Schloß von dem Staatspräsidenten Professor Mościcki empfangen. Die Kommandeure der der Division angehörenden Regimenter waren in Begleitung je eines jüngeren Offiziers und eines Unteroffiziers erschienen und überreichten dem Herrn Staatspräsidenten die Abzeichen der Regimenter, worauf sich Staatspräsident Professor Mościcki in das Goldene Buch der einzelnen Regimenter eintrug.

§ Kinderauszeichnung. Am Mittwoch gegen 9 Uhr abends wurde im Flur des Hauses Brenkenhoffstraße (Bocianowowo) Nr. 22 ein Kind männlichen Geschlechts im Alter von etwa sechs Wochen aufgefunden. Das Kind war mit neuer und sehr guter Wäsche bekleidet und sehr warm eingehüllt. Man benachrichtigte die Polizei, die für die Überführung des Kindes nach dem St. Floriansplatz Sorge trug. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

§ Gestohlen wurde Makulatur im Werte von 175 Zloty aus dem Keller der Frau Helene Lipkowa, Schillerstraße (Paderewskiego) 3. — Dem Stanisław Jachowski, Elisabethstraße (Sniadeckich) 57, wurde vor dem Hause Danzigerstraße 66 ein Fahrrad von einem unbekannten Dieb entwendet. — Vincenty Koźmierezak meldete der Polizei den Diebstahl von Gobelins im Werte von 40 Zloty vom Boden seines Hauses.

§ Auf dem 2. Polizeikommissariat in der Boymstraße (Wileńska) 6 befinden sich zwei Fahrräder, die Dieben abgenommen wurden. Die rechtmäßigen Eigentümer können sich zur Empfangnahme der Räder melden.

Der Innenminister warnt die Posener Stadtverordneten-Versammlung

Wie die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur mitteilt, verlas der Stadtpräsident von Posen, Oberst Więckowski, in der letzten Stadtverordnetenversammlung ein Schreiben des Innenministers an den Posener Wojewoden, in dem festgestellt wird, daß die Stadtverordnetenversammlung in der letzten Zeit eine Reihe von Bernachlässigungen und Unzulänglichkeiten begangen habe. Zu seinem Schreiben wird der Minister der Versammlung vor, daß sie durch ihr Verhalten die Wahl der Budget-Finanzkommission in voller Zusammensetzung verhindert und die Versammlung mehrfach beschlußunfähig gemacht habe, obgleich auf der Tagesordnung außerordentlich wichtige Angelegenheiten standen, daß sie ferner in vielen Fällen, für die die Stadtverordnetenversammlung kompetent ist, sich von einer Beschlusssättigung in diesen Fragen zurückzog, wofür in dem Schreiben des Innenministers eine Reihe von Beispielen aufgeführt werden und daß schließlich die Mehrzahl der Stadtverordneten es abgelehnt habe, den Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1935/36 zu reservieren.

Angesichts dessen verwarnt der Minister des Innern die Stadtverordnetenversammlung und fordert sie auf, die normale und regelrechte Tätigkeit wieder aufzunehmen, sowie die Beseitigung der bisherigen Mißstände herbeizuführen.

Tödlicher Unfall beim Paddeln

ereignete sich auf dem Skorzecinski-See im Kreise Gnesen. Der 16-jährige Sohn des Gutsbesitzers Czermiński aus Charbin sowie dessen Hauslehrer, der 22-jährige Student Zygmunt Swinarski fuhren auf dem See mit einem Paddelboot und kenterten dabei. Die beiden jungen Leute ertranken, wobei zu bemerken ist, daß der See an der Unfallstelle 23 Meter tief ist.

§ Bartosz, 8. Mai. Bei dem Besitzer A. Klettke brach im Stall ein Feuer aus, dem das Dach zum Opfer fiel. Aufgrund des Rauches, der in den Stall drang, erstickten zwei Schweine und eine Kuh.

§ Crone (Koronowo), 8. Mai. Am letzten Sonntag veranstaltete der Frauenausschuß der landwirtschaftlichen Ortsgruppe Crone im Saale des Hotel Nowak eine Ausstellung von Handarbeiten, gedeckten Tischen und kalten Speisen. Bei dem herrlichen Maiwetter hatten sich viele Mitglieder dazu eingefunden. Die Ausstellung wurde durch eine kurze Begrüßungsansprache der Vorsitzenden, Frau Gutsbesitzerin Stöckmann-Stoyke eröffnet. Während

der Kaffeetafel wurden Klavierstücke und Gedichte von Jungbäuerinnen vorgetragen. Den Abschluß der Kaffeetafel bildete ein Theaterstück „Der blonde Hans“, welches infolge des flotten Spiels der Mitwirkenden begeistert aufgenommen wurde und alle Zuschauer in fröhlichste Stimmung versetzte. Nach der Vorführung begann die feierliche Ausschüttung. Besondere Beachtung fand eine Nelke mit 60 Blüten, ausgestellt von Frau Hinze-Böthkenwalde. Der offizielle Teil endete mit einem Volkstanz, ausgeführt von Mitgliedern der Jungbauern- und Jungbäuerinnengruppe, der ebenso wie das Theaterstück von Fr. Trude Koell eingeübt worden war. Darauf begann der allgemeine Tanz, der die Teilnehmer noch lange Stunden in vergnügter Stimmung beschäftigte.

§ Gnesen (Gniezno), 8. Mai. Vor dem Gnesener Landgericht hatte sich das Dienstmädchen Rosalie Rewers aus Witkowo, Kreis Gnesen, wegen Kindermordes zu verantworten. Sie wurde zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Auf dem Wege nach Hause verunglückte auf der Chaussee Witkowo—Chadowo der 63 Jahre alte Besitzer Jan Czajkowski aus Sokolowo. Die Pferde scheuten plötzlich, so daß Cz. vom Wagen stürzte und bewußtlos auf der Straße liegen blieb. Czajkowski hat sich schwere innere Verletzungen zugezogen.

Eines plötzlichen Todes ist auf dem Felde die 69jährige Franciszka Bysocka aus Dobrowiec bei Gnesen gestorben. Der Tod trat infolge Herzschlags ein.

§ Inowrocław, 8. Mai. Der letzte Pferdemarkt zeigte im Beisein der Frühjahrsschäden ein starkes Angebot von Pferden, doch fehlten infolge der hohen Preisforderungen die Käufer. Der Handel blieb somit sehr flau. Für gute Arbeitstiere wurden 450 Zloty gefordert, für mittlere 150 bis 180 Zloty. Schlachtpferde, Kühe und Schweine waren nicht aufgetrieben.

Der Verein für die Pflege von Kriegsgräbern hielt unter Vorsitz des Bischöflichen Smetanko eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende des Vereins, Bischöflicher Präsident Juengst und Kassierer Wegmann den Geschäftsbericht erstatteten. Der Verein hat für die im Weltkriege Gefallenen insgesamt 114 Kreuze aufgestellt, die mit emaillierten Tafeln versehen sind. Es wurde beschlossen, die Wojewodschaftsverwaltung um einen weiteren Fonds für die Aufstellung von Kreuzen anzuheben. Zum Schluss erfolgte noch eine Aussprache über die Anbringung je einer Gedenktafel am Postamt und Bahnhofsgebäude, die von dem hiesigen Einwohner K. Czabaniki gespendet wurden.

§ Mroczki (Mrocza), 8. Mai. Der letzte Jahrmarkt war bei schönem Wetter gut besucht. Auf dem Viehmarkt waren besonders viel Kühe aufgetrieben. Man forderte für gute Milchkühe 250 bis 300 Zloty, für mittlere 100 bis 150 Zloty und für alte Schlachtkühe 60 bis 80 Zloty. Während für billige Ware wenig Kauflust herrschte, waren hochtragende gute Kühe gesucht. Auf dem Pferdemarkt war der Handel flau. Der Krammarkt war diesmal viel von Juden mit Stoffwaren überfüllt, jedoch wurde wenig gekauft. Es wurden mehrere auswärtige Personen wegen Diebstahls und Falschspiels festgenommen.

§ Mogilno, 8. Mai. Der letzte Vieh- und Pferdemarkt war bei schönem Wetter gut besucht. Auf dem Viehmarkt waren besonders viel Kühe aufgetrieben. Man forderte für gute Milchkühe 250 bis 300 Zloty, für mittlere 100 bis 150 Zloty und für alte Schlachtkühe 60 bis 80 Zloty. Während für billige Ware wenig Kauflust herrschte, waren hochtragende gute Kühe gesucht. Auf dem Pferdemarkt war der Handel flau. Der Krammarkt war diesmal viel von Juden mit Stoffwaren überfüllt, jedoch wurde wenig gekauft. Es wurde mittelmäßig gehandelt.

§ Posen, 8. Mai. An einer Pilzvergiftung lebensgefährlich erkrankt ist gestern ein im Hause fr. Burggrafenring 3 wohnhaftes Ehepaar. Die Pilze sind von dem Dienstmädchen der Familie auf dem Wochenmarkt gekauft und zum Mittagbrot zubereitet worden. Bald darauf erkrankten die Eheleute mit allen Zeichen einer schweren Vergiftung, die auch von dem zu Hilfe gerufenen Arzt als Pilzvergiftung erkannt wurde. Beide wurden in bedenklichem Zustande von der Arztlischen Bereitschaft dem Stadtkrankenhaus zugeführt.

Spuren verjüngen ist seit mehreren Tagen die 11jährige Maria Osuszkiewicz aus der Wohnung ihrer Tante, Marcelino Weg 3, bei der sie sich in Pflege befand.

§ Schubin, 8. Mai. Ein Waldbrand vernichtete 160 Morgen Fichtenwald in Słonowy. Der Eigentümer erleidet einen Schaden von über 15 000 Zloty.

§ Strelno, 7. Mai. Da in den letzten Tagen in Sagnfeld, Gr. Sławsk und Königsbrunn amtlich bei Hunden Tollwut festgestellt wurde, mußten auf Grund der Vorschriften alle Hunde und Katzen in den drei genannten Ortschaften getötet werden. Ferner wurde über folgende Dörfer, Güterbezirke und Städte die Hundesperrre bis auf weiteres verhängt. Bożejewice, Bronisław, Ciech, Chrosno, Górk, Górn, Janowice, Kijewice, Kobylniki, Krużka Dąbrowa, Ksiaz, Lachmirowice, Łudzisko, Markowice, Mirosławice, Mlyn, Mlynice, Piotrkowice, Polanowice, Racie, Rzadkwin, Rzepow, Rzepiszyn, Siemionki, Sierakow, Skalmierowice, Sławko, Zbietki, Sławski Dolne, Sokolniki, Stodoly, Sukow, Tupadly, Zalinowo, Kruszwica und Strzelno.

§ Strelno, 8. Mai. Da mit dem 15. Mai der Sommerfahrplan auf den staatlichen Eisenbahnen in Kraft tritt, fahren die Züge aus Strelno nach Mogilno um 7.07, 9.15, 15.16 und 22.30 Uhr ab.

Auf dem nicht gesicherten Bahnübergang zwischen Chełmno und Nadziejow fuhr ein Transitgüterzug auf den mit Eisen beladenen Lastenwagen des Roman Rosicki aus Sierakowice. Während der Wagen gänzlich zertrümmert wurde, kamen Kutscher und Pferde mit heiler Haut davon.

Vom hiesigen Bürgergericht wurden verurteilt: Józef Kowalski, Stefan Mlynarek und Jan Pełbold aus Strelno wegen Tollwichtahls aus dem staatlichen Forst Miradz zu je sechs und die mehrmals vorbestrafte Franciszek und Leon Szutarski, Ignacy Brodowczyński, Józef Kowalski, Kazimierz Piotrowski und Bronisław Bakiewicz zu je sieben Monaten Arrest.

Ratschläge für Mütter. Auf viele von allen Seiten eintreffende Briefe und Anfragen jüngerer Mütter antworten wir hiermit, daß Phosphatine Fäden den Säuglingen schon vom 6. Monat an als Hilfsnahrung gereicht wird. (2770)

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Stefan Stach; für Stadt und Wirtschaft: Arno Stach; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Herke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Ihre am 6. Mai vollzogene Vermählung
geben bekannt

Walter Runde und Frau Elsiede
geb. Pieth.

Marienburg Wpr.

4034

Am 8. Mai 1935, nachmittags 6.25 Uhr, verschied, verlehen mit
den heiligen Sterbegrämen, nach kurzem schweren Leiden unser
langjähriger Mitarbeiter, Herr

Leonard Mazurek

im Alter von 44 Jahren.

Der Verstorbene hat bei uns während seiner langjährigen Tätigkeit
durch seine hervorragenden Charaktereigenschaften und rastlosen
Fleiß sich aller Hochachtung und Liebe erworben.

In dem Verstorbenen verlieren wir einen teuren Mitarbeiter,
dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

**Der Vorstand, Aufsichtsrat, Direktor und Beamte
der Cukrownia Naklo Sp. Aka.**

Gräbdenmäler
Umfassungen, Kreuze, Tafeln
jeder Art, beste Ausführung, nur bei
Raczkowski, Bydgoszcz
ulica Marsza. Focha 36. 4022

Familienforschung

in Polen, Danzig und Ostdeutschland
(Aufstellung von Ahnentafeln,
Nachweis der ansichen Abstammung usw.)

übernimmt

Sippenforscher Otto F. J. Leuthold
(früher Posen)
Danzig-Zoppot, Wilhelmstraße 12.
Bei Anfragen Porto beilegen! 3576

Sämtliche Tageszeitungen und Zeitschriften
Lesemappe, Notenabzüge,
Hochzeitszeitungen,
Rautschktempel, Emaille- u. Messingbilder.
Annoncen - Exped. Holzendorff, Gdańsk 35.

FLIESEN
weiß und farbig glasiert für Wandbeläge,
Steinzeugfußbodenplatten
liefer mit fachmännischer Ausführung
Feliks Pietraszewski,
Bydgoszcz, Reja 4. Tel. 2229. 1588

**Brunnen-Bohrungen
und Reparaturen**

führt billigst aus

1544

A. Dietrich, Bydgoszcz
Gdańska 78.

M. Chyliński

Porzellane - Glas - Fayence

Geschenkartikel

Haus- und Küchengeräte aller Art

ulica Sniadeckich 50.

2079

**Hauptgewinne
der 32. Polnischen Staatsslotterie**

IV. Klasse (ohne Gewähr).

2. Tag vormittags.

50 000 zł Nr. 96151.

50 000 zł Nr. 92020 124855 145583 162240

174820.

2000 zł Nr. 228 13002 19798 40453 44131

49115 57305 68314 87541 91167 91695 91918 109087

111379 118636 122175 129609 134757 181153.

1000 zł Nr. 5390 6064 6750 8190 8385 11471

12035 12501 12520 13844 15155 15364 21436 21733

23749 23858 26373 35585 39913 46167 75519 78000

78546 84363 91280 93126 101616 113934 133341

142512 155181 156359 166895 184610 184652.

2. Tag nachmittags.

10 000 zł Nr. 50645 58730 74402 181160.

5000 zł Nr. 41718 54234 97578 98200 148711.

2000 zł Nr. 12508 15818 41812 44688 61320

73753 80874 96046 116451 133817 136115 143194

152728 174573.

1000 zł Nr. 455 7609 18758 18786 27006

0547 35623 38886 42588 48923 63637 74471 74578

9071 88818 89857 90530 91760 96552 110272

10922 110936 111114 111296 117076 121141 125251

25457 127218 127782 131317 133147 137580 138327

40491 145617 152458 157961 160803 172009 174684

80046 180084 181800 183000.

Kleinere Gewinne, die im obigen Auszug
nicht angegeben sind, kann man in der Rosette
"Uśmiechnięty Fortuny" Bydgoszcz, Pomorska 1
oder Toruń, Zeglarska 31 feststellen.

Nur noch 2 Tage!

Donnerstag, 9. 5. u. Freitag, 10. 5.
unwiderruflich zum letzten Male
bringen wir eins der schönsten,
künstlerisch wertvollen Filmwerke:

Handelskurse
(in poln. und deutscher
Sprache)
Unterricht in Buch-
fär., Stenographie,
Maschinenschreiben,
Privat- u. Einzelunter-
richt. Eintritt täglich!
G. Borreau,

Bücherrevisor.
Bydgoszcz, 3920
Marzalisa Focha 10.

Zum 15. 5. ev. ehrliche
Bertäuferin
gefäßt. Poln. Sprache
Unterricht in Buch-
fär., Stenographie,
Maschinenschreiben,
Privat- u. Einzelunter-
richt. Eintritt täglich!
Geprüft zum 1. Juni

erfahren.

Wirtin

perf. im Kochen, Baden
und Einweden, sowie
Wäschebehandlung u.
Federwiehzucht. Zeug-
nisabschriften mit Bild
und Gehaltsanspr. unt.
Nr. 3989 an die Gsch.
dieser Zeitung.

Suche zum 1. 7. tückt.
evangelische

Stütze

erfahrt. in allen Zweig-
eines Landhaushaltens.
Zeugnisabschrift, Le-
benslauf u. Gehalts-
ansprüche an

Krau von Opis,

Witów, p. Dziecina,
Lelano. 4032

Stellengesuche

Suche zum 1. 7. 35 oder
später Stellung 4044

als Inspector

auf größerem Gute.
Bin 29 Jahre alt, 8 J.
Brazis, befiehlt seit
Zeugnisse u. Empfehlg.
Gef. Zuschreiber. erbietet
Friz. Breslau, Wierontowa,
p. Kobylnica, powiat
Nowa Słupia. 1656

Suche Stellg. als verh.

Wirtshafter

von sofort ob. später, gute
Zeugn. u. Empfehlung.
Zuschriften unter Nr. 4013
an die Gsch. d. 3tg. erb.

Suche jüng. kinderlieb.

Drahtseile

für alle Zwecke 381
empfiehlt und liefert
B. Muszyński, Draht-
seilfabrik, Bydgoszcz 4.

Bestkerstochter bevor-

zugt. Schülle, 4033

Nentichsdorf,

Freistaat Danzig.

Suche Stellg. als verh.

Wirtshofsz-

fräulein

Bestkerstochter bevor-

zugt. Schülle, 4033

Nentichsdorf,

Freistaat Danzig.

Suche Stellg. als verh.

Heirat

Landwirt, Ans. 30,
wünscht sofort

Einheirat

in Landwirtschaft.
Frbl. Off. mit Bild u.
Nr. 4050 a. Gsch. d. 3.

Ego. Wädchen, 26.Juli,

dunkelblond, sucht

Lebenskameraden.

kleiner Berliner, Han-

nerwerker oder Witmann

angenehm. Off. unter

Nr. 3991 an die Gsch.

dieser Zeitung erbieten.

R.-Gutsbesitzerin,

27 J. alt, evgl., blond,

mittelfig, wünscht, da

es ihm an passender

Damenbekleidung

mangelt, auf diesem

Wege eine gebildete

Lebenstameradinnen,

zu lernen. Barvermög.

erwünscht. Discretion

Chrenische. Bildoffert.

unt. Nr. 3989 an die

Geschäftsstelle d. Blatt.

Suche Stellg. als verh.

Geldmarkt

Suche 1000—8000

31. a. Hypothek. Näherr.

Cieśliowskiego 6, IIr. 1624

Off. 20. 7. 35.

Suche Stellg. als verh.

Offene Stellen

Zum 1. Juli tückiger,

unverheirater

Beamter

mit läng. Wirtschafts-
praxis auf intensivem
Betrieb von ca. 1000
Morgen gefüllt. Offert,
nebst Zeugnisabschrift und
Gehaltsansprüchen unter
Nr. 3984 an die Gsch.
d. Zeitg. erb.

Suche Stellg. als verh.

Unternehmer

mit großem Betrieb

auf dem Lande, sucht

einige Hektar Land.

Suche Stellg. als verh.

Beamter

mit läng. Wirtschafts-
praxis auf intensivem
Betrieb von ca. 1000
Morgen gefüllt. Offert,
nebst Zeugnisabschrift und
Gehaltsansprüchen unter
Nr. 3984 an die Gsch.
d. Zeitg. erb.

Suche Stellg. als verh.

Unternehmer

mit großem Betrieb

auf dem Lande, sucht

einige Hektar Land.

Suche Stellg. als verh.

Unternehmer

mit großem Betrieb

auf dem Lande, sucht

einige Hektar Land.

Suche Stellg. als verh.

Unternehmer

w Soldau (Dzialdowo), 8. Mai. Die Einbrecher, die bei dem Eigentümer Wizke in Heinrichsdorf (Płosznica) den Schweinediebstahl ausführten, sind ermittelt; es sind dies: Mazanek, Gajewski und Nikolojski, Arbeiter in Heinrichsdorf. Bei einer Haussuchung wurden noch 30 Pf. Fleisch von zwei gestohlenen Schweinen gefunden. Wizke hat aber das gefundene Fleisch nicht mehr zurückgenommen, sondern es dem Gemeindevorsteher zur Verteilung an arme Leute überweisen lassen. — Dem Parzellenbesitzer Kłosowski in Klein Tauersee (Mały Turza) wurden nachts mittels Einbruch ein Paar Pferdegeschirre und Federviech gestohlen.

Ein taubstummer und schwachsinniger 19jähriger Jüngling aus Schreibersdorf (Pretki) ging mit Frühstück auf das Feld und verlor den Heimweg. Er wurde nach einigen Tagen in einem Schober auf der Lautenburger Festung des Herrn Feisser tot aufgefunden.

— Tuchel (Tuchola), 8. Mai. Der Getreidekaufmann Leo Thiel aus Tuchel verunglückte auf einer Geschäftsreise nach Karthaus kurz vor Berent mit seinem Motorrad und brach sich dabei das linke Schlüsselbein.

Dem Restaurateur Zaremba in Tuchel wurde ein Fass Bier von 16 Liter Inhalt unter folgenden Umständen entwendet: Ein Kraftwagen mit Fahrmarkthändlern tankte in der Schweizerstraße. Von der Besatzung des Autos besuchten 16 Mann das genannte Lokal, belagerten den Schanktisch, neben dem auch das Fass Bier stand. Als die Fremden das Lokal verlassen hatten, merkt z. den Verlust und verständigte sofort die Polizei. Das Auto hatte die Benzinstation bereits verlassen und war in Richtung Schweiz abgefahren. Die Tucheler Polizei machte jedoch die Polizei in Gr. Bislaw mobil und als der Kraftwagen dort eintraf, wurde er mit seinen 24 Fahrgästen angehalten. Es wurde festgestellt, daß die Fahrmarkthändler Szutarski und Ziolkowski, beide aus Graudenz, Hallerstraße, das Fass Bier gestohlen hatten. Das leere Biersfaß wurde in dem Schwiedler Forst aufgefunden.

Der letzte Wochenmarkt brachte reichliche Zufuhr. Es wurden gezahlt für Butter 0,80—1,00, die Mandel Eier 0,60 Zloty.

V Landsburg (Wiechork), 8. Mai. Einen bedauerlichen Unfall erlitt beim Sprengen von Feldsteinen der Landwirt Heinrich Seehawer in Pempersin. Als S. mit dem Laden des Steines beschäftigt war, entlud sich der Sprengstoff, wodurch S. bedeutende Verlebungen im Gesicht und an der Hand erlitt. Der Verletzte mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Laut amtlicher Bekanntmachung im Kreisblatt haben sich die Musterungspflichtigen des Jahrgangs 1914, sowie Kategorie B der Jahrg. 1913 und 1912 wie folgt zur Musterung zu stellen: Am 22. d. M. Gemeinde Sypniewo, Jahrg. 1914; am 23. d. M. Gemeinde Sypniewo, Kat. V der Jahrg. 1913 und 1912, sowie Gemeinde Wöllwitz, Jahrg. 1914, von Buchstäbe A—B; am 24. d. M. Gemeinde Wöllwitz, Jahrg. 1914, Buchst. N—S, und Kat. V der Jahrg. 1913 und 1912, sowie Gemeinde Landsburg, Jahrg. 1914 und Kat. B des Jahrg. 1912; am 25. d. M. Stadt Landsburg, Jahrg. 1914 und Kat. B der Jahrg. 1913 und 1912, sowie Gemeinde Landsburg Kat. B des Jahrg. 1913. Die Musterung findet an den genannten Tagen ab 7.30 Uhr in der Turnhalle zu Bempelsburg statt.

Der Sinn des Muttertags.

Die Reichsfrauenführerin

vor Vertretern der deutschen Presse.

Vor Vertretern der deutschen Presse sprach die Reichsfrauenführerin Frau Scholz-Klink über den bevorstehenden Muttertag.

Die Rednerin gab einen Überblick über die gesamten Gedanken, die die Frauenarbeit bewegen. Was aus der Sorge um die deutsche Frau geboren sei, könne auch jetzt seine volle Kraft in den Dienst des Aufbauwerks stellen. Der Staat habe die Mutter als wesentliche Erhalterin von Staat und Volk unter seinen besonderen Schutz genommen.

Die Rednerin sprach dann ausführlich über die Richtlinien für den Reichsmutterdienst. Es bestehe eine große Lücke in der Erziehung der deutschen Frauen und Mädchen, da man sie früher leider nicht als Mütter der Nation zu der letzten Verantwortung vor dem Volke erzogen habe. Dieser Mangel müsse heute noch bitter bezahlt werden. Darum sei der Reichsmutterdienst ins Leben gerufen worden, um aus der Lebensphäre der einzelnen Frau heraus ihr die großen Forderungen des Staates klarzumachen. Seit dem letzten Muttertag seien 100 000 Frauen durch die staatspolitischen Maßnahmen der Mütterschulung erfaßt und geschult worden.

Die religiöse Frage sei aus der Mütterschulung herausgenommen und den zuständigen Organen, der Kirche, zur Beantwortung überwiesen worden. Der diesjährige Muttertag werde zeigen, was aus Wille und Tat geworden sei.

Vielleicht sei der Muttertag früher eine mehr oder weniger sentimentale Geste, vielleicht auch eine gute Geschäftsmöglichkeit geworden. Aus diesem Niveau sei der Muttertag jetzt herausgehoben worden. Er habe seine Bedeutung und seinen Sinn nur dann, wenn es gelinge, an diesem Tage über die Ehrung der einzelnen Mutter hinweg die Gesinnung eines ganzen Volkes zu einer urtümlichen Mutterkraft überhaupt herauszustellen und zum Bewußtsein zu bringen, daß wir nur eine Mutter haben — Deutschland —, deren getreuester Sohn Adolf Hitler ist.

Einführung des Sonntags in der Türkei.

Die Türkische Regierung hat einen Gesetzentwurf zur Regelung der gesetzlichen Feiertage ausgearbeitet. Wie verlautet, ist aus wirtschaftlichen Gründen die Einführung des Sonntags an Stelle des Freitags als Wochenfeiertag vorgesehen. Nach den Bestimmungen des Entwurfs werden die Läden am Sonnabend den ganzen Tag geöffnet bleiben, jedoch werden Behörden und Amtsstellen, Fabriken, gewerbliche und sonstige Unternehmen ihre Bureaus und Werkstätten am Sonnabend bereits um 18 Uhr schließen, so daß Beamte, Angestellte und Arbeiter von dieser Zeit an nicht mehr arbeiten werden.

Der Entwurf schlägt ferner die Beibehaltung der bisherigen Festtage vor. Für das Fest der Republik sind jedoch drei Feiertage vorgesehen. Der 1. Mai wird als Arbeitfeiertag eingeführt. Desgleichen ist der erste Tag des Jahres ein Feiertag. Am letzten Tag des Jahres soll nur bis Mittag gearbeitet werden.

Frankreich und die Heiligkeit der Verträge.

Eine geschichtliche Erinnerung.

Aus Anlaß der Veröffentlichung des Gesetzes über den Aufbau der deutschen Wehrmacht hatte bekanntlich besonders Frankreich gegenüber Deutschland den Vorwurf des einseitigen Vertragsbruchs erhoben und dadurch versucht, Deutschland wieder einmal als den unmoralischen Partner und als Land ohne Treu und Glauben hinzustellen. Daß diese Behauptung unwahr ist, darauf ist an dieser Stelle wiederholt hingewiesen worden. Der Aufruf der Reichsregierung hat neuerdings vor aller Welt klar gestellt, daß der Bruch der Versailler Bestimmungen auf der Gegenseite vollzogen wurde.

In diesem Zusammenhange erinnert „Der Stahlhelm“ daran, wie sich z. B. Frankreich in ähnlicher Lage verhalten hat, wie es sich z. B. mit den Verträgen von 1815 verhielt, durch welche Frankreich nach Waterloo auf die Grenzen von 1790 zurückgeführt worden war. Auch diese Verträge blieben nicht für ewig bestehen. Im Gegenteil. Im Jahre 1848 glaubte die provvisorische Regierung während der Februar-Revolution die Zeit für gekommen, um sich von ihren Feinden zu befreien und zögerte auch nicht, die Verträge tatsächlich einseitig zu kündigen und zu zerreißen, ohne daß sie von der Gegenseite ernstlich verletzt werden wäre.

Am 5. März 1848 sandte der französische Minister Lamartine ein Rundschreiben an die Vertreter Frankreichs bei den auswärtigen Regierungen, das mit dem Schlagwort des heutigen Frankreich von der „Heiligkeit der Verträge“ in merkwürdigem Widerspruch steht. Es ist im „Moniteur Universal Journal Official“ vom 5. 3. 48 veröffentlicht und hat u. a. folgenden Inhalt:

„Herr Botschafter! Gemäß den Prinzipien, die die Grundsätze Frankreichs sind, Prinzipien, welche Frankreich ohne Furcht und ohne Herausforderung seinen Freunden und Feinden präsentieren kann, wollen Sie sich ernstlich in folgende Erklärungen vertiefen:

Die Verträge von 1815 existieren in den Augen der Französischen Republik nicht mehr zu Recht.

Allerdings sind die territorialen Abgrenzungen dieser Verträge eine Tatsache, welche Frankreich als Basis und als Ausgangspunkt seiner Beziehungen zu den anderen Nationen geltend läßt.

Wenn aber die Verträge von 1815 keine tatsächliche Handhabe für Änderungen in gemeinsamer Übereinstimmung bieten, und wenn demgegenüber die Französische Republik laut und offen erklärt, daß es ihr Recht und ihre Mission ist, auf regulärem und friedlichem Wege zu diesen Änderungen zu gelangen, so zeugt dies von dem gefundenen Sinn, der Wächting, der Gewissenhaftigkeit und der Klugheit der Französischen Republik, und alles dies ist für Europa eine bessere und ehrenhaftere Garantie als die Buchstaben dieser Verträge, die oft von Europa verletzt oder abgeändert sind.

Beflektigen Sie sich, Herr Botschafter, diese Loslösung der Französischen Republik von den Verträgen von 1815 begreiflich und willig annehmbar zu machen, und zu beweisen, daß diese Offenheit nichts mit der Ruhe Europas Unvereinbares hat.“

An anderer Stelle heißt es in dem Rundschreiben:

„Der Sinn der drei Worte: „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Brüderlichkeit“ ist, auf unsere auswärtigen Beziehungen angewandt, folgender: „Befreiung Frankreichs von den Ketten, die bisher auf seinen Prinzipien und seiner Würde lasteten. Wiedergewinnung des Ranges, den es im Niveau der europäischen Großmächte inne haben muß, und zum Schluß Bündnis und Freundschaftserklärung mit allen Völkern.“

Die Parallelen in dem Text des Rundschreibens der Französischen Republik mit dem denkwürdigen Bespielungsakt vom 16. März 1935 sind ebenso auffallend, wie die großen Unterschiede. Ohne Furcht und ohne Heraus-

forderung, Revision auf regulärem und friedlichem Wege, bessere und ehrenhaftere Garantie als der Buchstabe der Verträge, der Friede Europas wird dadurch nicht beeinträchtigt, sondern eher erhöht, Befreiung von Ketten, Wiedergewinnung des Rangs (oder der Gleichberechtigung), Freundschaftsverträge — das alles paßt wörtlich oder sinngemäß zu der Lage Deutschlands, ist in der Beweisführung der Reichsregierung wörtlich oder sinngemäß enthalten oder schon seit Jahren von ihr zur Befriedung Europas vorgeschlagen und wiederholt angeboten worden, ohne daß sie dabei auf Gegenliebe gestoßen wäre.

Und dann der große Unterschied: daß französische Dokumente sich mit einer schwärmischen allgemeinen Redewendung bezüglich der angeblichen Vertragsverlebungen der Partner begnügen, während die Reichsregierung vor der Welt mit historischen Tatsachen als Ankläger auftreten kann, gegen deren Wucht und Beweiskraft es keine Widerrede gibt!

Wenn die Deutsche Reichsregierung überhaupt noch einer Rechtfertigung ihres Schriftes vom 16. März bedürfte, so könnte sie keinen besseren Kronzeugen finden als das obige Dokument, das „Der Stahlhelm“ der Vergessenheit entrissen hat.

Die „Loyalität“ Frankreichs

gegenüber Polen.

Zur Frage des im Protokoll zum französisch-sowjetischen Pakt erwähnten Dreierpakt zwischen Frankreich, Deutschland und der Sowjetunion schreibt das Militärblatt „Wojska Polskie“, von einer derzeitig völlig neuen Idee habe man vorher niemals etwas gehört. Sie habe jetzt zum ersten Male das Licht der Welt erblickt. Es bestehe kein Zweifel, daß eine Teilnahme Deutschlands an einem solchen Dreiervertrag ausgeschlossen war und ist. Seine Erwähnung im Protokoll gehe offenbar auf die „redaktionelle Fassung“ zurück, die bei den Verhandlungen eine Rolle spielte. Dort, wo die Sowjetvertreter vermutlich eine deutliche antideutsche Formulierung wünschten, hätten die Franzosen den Umweg über den Satz mit dem Dreierpakt geführt. Eine solche Konvention habe niemals Aussichten auf Verwirklichung gehabt und habe sie auch weiterhin nicht. — Die Tatsache jedoch, daß man nichts davon gehört habe, stelle einen weiteren Beitrag zur Loyalität des französischen Verbündeten gegen Polen dar.

Der der Regierung nahestehende „Express Voran“ kommt am Mittwoch in einem Artikel auf die französischen Anleihe zurück, die zum Ausbau sowjetrussischer Eisenbahnen nach Westen bestimmt sein soll, d. h.

nicht gegen eine nicht existierende Grenze mit Deutschland, sondern gegen die Grenze Polens, der Baltischen Staaten und Rumäniens.

Die Aufrüstung Sowjetrusslands durch eine französische Anleihe, schreibt das Blatt, sei eine Frage, die eine Antwort verlange. Das erste sehr spät erschienene Dementi des französischen Außenministeriums besagt nur, daß über eine Anleihe in offiziellen Verhandlungen nicht gesprochen worden sei. In Londoner Meldungen werde dagegen behauptet, daß die Anleihe in nicht offiziellen Gesprächen erörtert wurde.

Das französische Dementi klärt also die Angelegenheit nicht auf und das alte Sprichwort, das sagt: „Wo Rauch ist, ist auch Feuer“ kann wohl in diesem Falle angewendet werden.

Schwerde, daß man „deutsche Därme“ nicht über die Grenze lassen wolle. Obwohl auf den Fässern die Aufschrift „Swiss Kansas City Domestic“ war, wurde diese Sendung später doch noch hindurchgelassen, da wiederum die deutschen Atteste beigebracht wurden. Von dieser Zeit ab richtete die Grenzbehörde ein besonderes Augenmerk auf die Machenschaften der Angeklagten und kam dann bald dem großangelegten Schwindel auf die Spur. Es zeigte sich, daß nicht nur der Polnische Staat, sondern auch das Deutsche Reich geschädigt wurde, da bei den Abrechnungen zwischen beiden Staaten auf Grund des Kompensationsabkommens der deutsche Vertragspartner mit Mehrlieferungen von deutschen Därmen belastet wurde, die niemals aus Deutschland gekommen waren.

Interessant ist die Tatsache, daß von der Hamburger Speditionsfirma schon Atteste vorgelegt wurden, obwohl noch keine Bestellungen von der Firma Badewitz in Amerika oder China ausgegeben waren. In der beschlagnahmten Korrespondenz fand sich ein Brief,

in dem die Expeditionsfirma der Firma Badewitz mitteilte, daß sie große Mengen solcher Atteste „auf Vorrat“ an fertigen ließ.

Dem Angeklagten Rosner wirkt der Anklageakt vor, bei seiner Vernehmung in der Kattowitzer Zolldirektion zwei Schriftstücke beiseite geschafft zu haben. Im letzten Moment gelang es aber, dem Angeklagten die Schriftstücke abzunehmen.

Die Angeklagten bekennen sich nicht zur Schuld, wollen auch nicht wissen, daß der Inhaber der Hamburger Expeditionsfirma für die Fälschung der Atteste zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Der Staatsanwalt versuchte auch den Nachweis zu erbringen, daß die Angeklagten bei der illegalen Einfuhr auch noch durch den Kauf minderwertiger Därme gegen die hygienischen Bestimmungen verstossen haben. Es wurden bei den amerikanischen Schlächtern keine Qualitätsdärme, sondern, wie schon aus der Beschriftung der Fässer ersichtlich ist, sogenannte „Domestic“-Därme in Auftrag gegeben.

Dieser Art von Därmen aber werden von der Amerikanischen Regierung im Gegenzug zu den Qualitätsdärmen keine Atteste beigegeben, weil die „Domestic“-Därme nur für die industrielle Weiterverarbeitung bestimmt sind, u. a. für die Herstellung von Biolinsaiten.

Als Zeuge wurde Oberkommissar Skibinski von der Grenzbehörde vernommen. Dieser erklärte, daß insgesamt 29 Sendungen von Därmen amerikanischer und chinesischer Herkunft als „deutsche Ware“ in Polen eingeführt worden sind. Der dem Polnischen Staat erwachsene Schaden geht in die Hunderttausende. Der Prozeß wurde auf den nächsten Montag vertagt.

Bolens neue Wahlordnung.

Die Sejmabgeordneten werden von der Selbstverwaltung und den Wirtschaftsorganisationen gestellt. — Zum Senat nur direkte Wahlen.

In der Versammlung der Mitglieder der parlamentarischen Organisation des Regierungsblocks, die am Dienstag im Präsidium des Ministerrats stattgefunden hat, entwickelte Ministerpräsident Oberst Slawek die Grundlinien der Wahlgesetze für Sejm und Senat, die der Regierungsblock auf Grund der neuen Verfassung einer Sondertagung des Parlaments vorlegen wird. Die Sondertagung soll Mitte Mai einberufen werden. Nach Annahme der neuen Wahlgesetze wird das bisherige Parlament aufgelöst. Die Neuwahlen sollen für den Sommer ausgeschrieben werden.

Ministerpräsident Slawek wies einleitend darauf hin, daß man sich anfangs nicht darüber einig gewesen sei, ob das Problem der Wahlordnung schon in der gegenwärtigen Stadenz des polnischen Parlaments werde gelöst werden können, und ob man dieses Problems nicht erst nach den neuen Wahlen werde lösen müssen. Man neigte eher einer Vertragung zu, um so mehr als es nicht leicht gewesen sei, eine praktische Lösung zu finden. Man habe aber die Initiative des ehemaligen Ministerpräsidenten, Professor Leon Kozłowski, und seine Vorschläge auf diesem Gebiete einer eingehenden Analyse unterzogen und trete mit einem fertigen Entwurf hervor.

Auf den Kern der Sache eingehend, ging der Ministerpräsident auf die Bedeutung des Sejm als gesetzgebende und kontrollierende Instanz ein und begründete dann im besonderen die Thesen, die den Schöpfern der Wahlordnung für ihren Entwurf maßgebend gewesen seien. Das Wahlsystem, so sagte er u. a., soll es nicht erleichtern, sondern im Gegenteil erschweren, daß nicht allein die hentigen Vertreter der früheren bei der Wahl angewandten Methoden und Gebräuche, sondern auch diejenigen zu Worte kommen, die sich auch in der Zukunft dieser Methoden bedienen möchten. Der Übergang zu einem anderen System erfordert eine solche Wahlordnung, die den Parteien das Monopol zur Aufstellung von Abgeordneten-Kandidaturen nehmen würde. Erkennt doch die Verfassung nicht den Parteien das Wahlrecht zum Sejm zu, haben doch nicht die Parteien, sondern die Bürger ihre Abgeordneten zu wählen, die für sie am vernünftigsten über Staatsfragen zu beratschlagen und zu bestimmen hätten. Das vorgeschlagene System zielt darauf ab, daß die Volksgemeinschaft selbst die Leute aussucht, die als Kandidaten aufzustellen sind, und

dass den Parteien die Möglichkeit verschlossen wird, von vornherein ihre Kandidaten aufzuzwingen und damit die freie Meinung der Volksgemeinschaft zu verwirren.

Praktisch wird dies folgendermaßen aussehen:

Der ganze Staat wird in 100 zweimandatische Bezirke eingeteilt. Bei der Einteilung in Bezirke ist man vor allem von der Voraussetzung ausgegangen, daß sie sich aus Kreisen zusammensehen, die möglichst durch den Charakter und das Zusammenleben ihrer Einwohner sich gegenseitig nähern. Auf dem Wege von den Wahlen durch die örtliche Volksgemeinschaft zur Erfüllung gewisser Aufgaben berufen, also mit seinem Vertrauen bedachte Leute, werden Delegierte zur

Bezirksversammlung

bestimmen. In dieser werden sich daher zusammenfinden: Vertreter der territorialen Selbstverwaltung, also Delegierte der Kreisausschüsse, der Stadtverordneten-Versammlungen und der Gemeinderäte; ferner Vertreter der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und der beruflichen Organisationen, also Delegierte der Landwirtschaft, Handels- und Handwerkstümern und die in Berufsverbänden zusammengeschlossenen Angestellten. Diese Delegierten-Versammlung bestimmt unter sich bekannte und geachtete Leute als Kandidaten in einer nicht geringeren Zahl als die doppelte Zahl der Abgeordneten beträgt. Von diesen Kandidaten wird jeder Wähler zwei wählen können, die er nach seiner Meinung als die besten hält. Die Mandate werden selbstverständlich denjenigen zufallen, die die größte Stimmenzahl auf sich vereinigen.

Die auf diese Weise gewählten Abgeordneten werden Mitglieder zwischen der örtlichen Volksgemeinschaft ihren Bedürfnissen und Ansichten und den zentralen Organen. Ihre Rolle wird darin bestehen, Mitteilungen darüber in das Zentrum gelangen zu lassen, was in ihren Bezirken vorgeht, sowie die allgemeinen Staatsbedürfnisse kennen zu lernen und darüber zu beraten. Die Kenntnis dieser beiden Seiten des Lebens ist unentbehrlich bei der Verabschiedung von Gesetzen, die das Leben des Ganzen regeln und in Ordnung bringen. Der Abgeordnete hat in seine ganze parlamentarische Arbeit zur Widerpiegeling der Bedürfnisse, Bestrebungen und Stimmungen der Volksgemeinschaft hinzutragen. Selbstverständlich wird zwischen den Bedürfnissen und Möglichkeiten ein ewiger Konflikt bestehen. Dem Abgeordneten wird daher stets die Pflicht voransteilen müssen, darüber nachzudenken, was zu verwirklichen möglich ist und was sich nicht verwirklichen läßt. Im neuen Sejm wird auch die Zahl der Abgeordneten verringert. Die Meinung der Volksgemeinschaft hat dies schon längst gefordert, während die Parteien die größtmögliche Zahl ihrer Führer mit einem Mandat beschaffen möchten. Im Interesse der Parteien lag es, auf diese Weise eine größere Zahl ihrer Agitatoren zu haben, um der Volksgemeinschaft ihre Ansichten und ihren Willen aufzuzwingen. Werden aber nur solche moralischen Autoritäten gewählt, die durch die Bürger auserkoren werden, so kommt man zu dem Schluss, daß die zahlenmäßige Verringerung des Sejm seine Autorität heben wird.

Der Sejm hat auch das Recht, die Regierung zu kontrollieren. Die Abgeordneten werden die Arbeit der Organe der Staatsverwaltung einer Prüfung unterziehen und im Sejm das kritisieren können, was sie als mit dem Gesetz unvereinbar oder als unrichtig befinden. Wird es achtbare und gewissenhafte Leute im Sejm geben, so werden die Berechtigungen dieser Institution auf dem Gebiet der Kontrolle der Tätigkeit der Regierung eine unentbehrliche Ergänzung des Staatsmechanismus werden. Die Parteien haben Kritik geübt aus dem Grundsatz, um ihren oppositionellen Standpunkt der Regierung gegenüber zu zeigen. Diese Art der Kritik, da alles in den schwärzesten Farben geschildert wurde, verdiente nicht ernst genommen zu werden. Dagegen kann die ehrliche und vernünftige Ausstellung von Mängeln und Fehlern, von denen niemand frei ist, ihre Befestigung erleichtern.

Die Rolle des Senats.

Bei der Absaffung der Wahlordnung zum Senat mußte die Rolle berücksichtigt werden, die der Senat in der Staatsstruktur zu erfüllen hat. Er soll ein staatliches Organ sein, der eine größere Erfahrung, eine größere Kenntnis sowohl des Lebens überhaupt als auch des staatlichen Mechanismus im besonderen hat und Überlegung sowie eine ruhige Beurteilung der Dinge hereinbringen, die aus dem Sejm kommen und die dort in der Atmosphäre von Konflikten und Leidenschaften beschlossen werden sein könnten.

Der Senat soll über eine größere Erfahrung und eine allseitige Erfassung der Staatsraison verfügen.

Man hat hier dem Grundsatz Rechnung getragen, der im Artikel 7 der Verfassung zum Ausdruck kommt, und zwar „daß mit dem Wert der Bemühungen und der Verdienste des Bürgers zugunsten des Allgemeinwohls seine Berechtigungen gemessen werden, einen Einfluß auf öffentliche Fragen auszuüben.“ Die Berechtigung zur Wahl der Senatoren soll also den Bürgern zuerkannt werden, die dank ihrer Anstrengungen oder ihres Vertrauens, das ihnen von ihrer Umgebung entgegengebracht wird, über ihre Mitmenschen erheben. Wenn man sich die Frage vorlegen soll, nach welchen Anhaltspunkten man diese besonderen Berechtigungen zuerkennen soll, die das Recht zur Stimmabgabe für den Senat verleihen, so sind als die wichtigsten anzuerkennen: 1. die zu Gunsten des kollektiven Wohls erreichte Anstrengung, 2. das Vertrauen des Bürgers. Zu der ersten Kategorie sind diejenigen zu zählen, deren Anstrengungen zugunsten des kollektiven Wohls vom Staat bewertet wurde. Der Staat hat sie durch Verleihung von Orden und Auszeichnungen sowohl militärischen als auch zivilen Charakters ausgezeichnet. Die zweite Kategorie setzt sich aus denjenigen zusammen, die die Bevölkerung zu den Behörden der territorialen Selbstverwaltung, der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und der Vorstände der sozialen Organisationen gewählt hat. Durch ihre Wahl hat sie die Allgemeinheit als verständigere, als bessere und vor allem als vertrauenswürdige Leute anerkannt.

Die Wahlen zum Senat werden nicht direkte sein.

Ministerpräsident Slawek gab hier seiner eigenen Überzeugung dahin Ausdruck, daß je kleiner der Kreis der Menschen ist, welche die Wahl vornehmen, mit um so größerem Bewußtsein kann er dies tun und um so besser könnte er die Mitglieder kennen und beurteilen, die er wählt. Das System der zweistufigen Wahlen zum Senat wird nach Ansicht des Redners ein mehr durchdachtes Ergebnis geben. Praktisch soll dies folgendermaßen aussehen: die Kollektivgemeinden, die Gemeinde oder ein Teil der größeren Gemeinde wählen in ihrer Versammlung die Delegierten zum Wojewodschafts-Wahlkollegium. Diese Kollegen wählen die Senatoren besonders aus jeder Wojewodschaft. Oberst Slawek ist der Meinung, daß der auf diese Weise gewählte und durch die Ernennungen des Präsidenten der Republik ergänzte Senat tatsächlich sowohl über große Erfahrungen als auch über ein hohes Niveau des Verständnisses der Staatsfragen verfügen wird.

Ministerpräsident Slawek beschäftigte sich dann mit der Zukunft des Regierungsblocks,

der, gestützt auf die frühere Wahlordnung, auch nur, wie er betonte, auf Grund einer von vornherein aufgestellten Kandidatenliste entstehen konnte. Als die Parteien drohten, daß sie die Volksgemeinschaft der Regierung entgegenstellen würden, habe der Block den Grundsatz der Zusammenarbeit mit der Regierung zur Abstimmung gebracht. Die Mehrheit habe sich für die Notwendigkeit einer realen Arbeit, gestützt auf die Regierung, ausgesprochen, und der Block habe im polnischen Staatsleben eine große Rolle gespielt. Man habe allmählich die Aufmerksamkeit auf die sozialen Organisationen zentralisiert, deren Tätigkeit auf die

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beanwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsklärung beigefügt sein. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

E. W. Der Abschnitt V des Entschuldungsgesetzes, der die Beilegung einer Schuld durch Verteilung auf 28 Halbjahresraten und die Herausbegleitung der Verzinsung auf 3 Prozent vorsieht, wirkt zwar automatisch trakt Gesetzes, aber Sie als Gläubiger sind dennoch nicht auf Gnade und Ungnade dem Schuldner anheimgegeben. Die Verteilung auf 12 Raten, die das Schiedsamt selbst vorher verfügt hat, kann zwar automatisch in 28 Raten umgewandelt und die Zinshöhe weiter auf 3 Prozent herabgesetzt werden, aber auf Ihren Antrag kann das Schiedsamt unter gewissen Umständen korrigieren lassen. Wenn es unter Berücksichtigung der Lage des Schuldners und des Gläubigers erkennt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse es dem Schuldner gestatten, die Schuld unter für Sie günstige Verhältnisse abzuzahlen, oder wenn der Schuldner die dingliche Sicherheit verschlechtert, so kann das Schiedsamt die Zahlungen in kürzeren Terminten festsetzen und vielleicht seine frühere Anordnung betreffs 12 Raten aufrecht erhalten und ebenso den Zinsfuß, allerdings nicht über 4½ Prozent erhöhen, und es kann auch die bei vorzeitigen Zahlungen vorgesehenen Erleichterungen vermindern oder ganz aufheben. Also legen Sie sich mit dem Schiedsamt in Verbindung und stellen Sie entsprechende Anträge.

F. A. Die Nummern der Anleiheablösungsschuld kommen nicht zur Auslösung, ausgelöst werden nur die Nummern der Auslösungsbrechte. Die uns mitgeteilten Nummern können aber nicht Nummer der Auslösungsbrechte sein, denn diese bewegen sich nur zwischen 1 und 90.000.

Ch. 777. Eine Hinausschiebung der Ablösung der Hypothek über den 1. Oktober d. J. hinaus oder eine Rückzahlung der Hypothek in Raten ist nur möglich auf Grund einer Vereinbarung mit dem Gläubiger.

Hermann J. in R. Ein Abonnement der „Deutsche Rundschau“ kann, wenn er sich als solcher ausweisen kann, sich mit einer Anfrage direkt an uns wenden und bedarf dazu keiner Vermittlung.

Pomorz. Sie sind für das Verhalten Ihres Sohnes, der mitschäflich Ihnen nicht abhängig ist und in Kürze maioren wird, in keiner Weise verantwortlich.

„Maiglöckchen 1935.“ Wenn das gemeinschaftliche Testament noch bei Gericht ist, so ist nach wie vor gültig; dann nach dem Tode Ihrer Frau können Sie nur unter gewissen Voraussetzungen, die aber für Ihren Fall schwerlich zutreffen dürften, das in dem gemein-

Bewirkung konkreter Absichten auf den verschiedenen Gebieten des Lebens

hinzielte. Allmählich seien diese Organisationen zum Mittelpunkt der schöpferischen Arbeit in der Richtung geworden, die vom Block gewiesen wurde. Und zwar aus dem Grunde, weil die Organisationen, die sich irgend ein konkretes Ziel stellen, und es erreichen wollen, eine Vereinheitlichung und auch ein Zusammensehen mit der Regierung als demjenigen Faktor suchen müssen, der die Tätigkeit der verschiedenenartigen Lebenszellen regeln und harmonisieren muß.

Es scheine, daß dieser Mechanismus, dessen regelnder und harmonisierender Mittelpunkt der Regierungsaapparat sei, der sich, gestützt auf die territoriale und die wirtschaftliche Selbstverwaltung weiter ausbaue und mit den Zellen der sozialen Organisationen vereine, bereits auf die richtige Richtung eingestellt sei. Aber die Entwicklung dieses Gedankens in der praktischen Gestaltung des Lebens erfordere noch weitere Arbeit. Der Ministerpräsident glaubt, daß sich bei der Verwirklichung dieses Gedankens diejenigen Leute finden würden, die seine Bedeutung für die Entwicklung des kollektiven Lebens in Polen beurteilen werden.

Zum Schluß trat Ministerpräsident Slawek für ein gesundes Verhältnis zu den nationalen Minderheiten

ein. Er führte darüber folgendes aus:

Wir müssen uns die Frage vorlegen, wie im Rahmen der Wahlordnung die Wahlen in den Bezirken aussehen werden, die eine in nationaler Beziehung gemischte Bevölkerung aufweisen. Dies ist ein wesentliches Problem, das nicht allein von der Seite der Wahlmechanik aus, sondern viel tiefer behandelt werden muß. Unter den bisherigen Verhältnissen der Einteilung der Volksgemeinschaft in sich gegenseitig bekämpfende Parteien dominierte in allen Wahlen der Geist des Kampfes, der sich jeder anderen politischen Gruppierung, jeder anderen Bevölkerungsgruppe entgegenstellte, die nicht für die betreffende Partei stimmte. Maßgebend war hier der Wille, für sich die größere Zahl der Mandate dadurch zu erlangen, daß man sie der anderen konkurrierenden Gruppe nahm.

Der Kampf um die Mandate, um die Zahl der Mandate vergroßerte die Antagonismen. Aber nicht allein diese Widerspiegelung der Wahlkämpfe übten einen Einfluß auf die Versumpfung der Nationalitätenkämpfe aus. In einem nicht geringeren Maße wirkten hier die beiderseitigen nationalistischen Stimmungen, die außerdem für die Wahlzwecke ständig aufgepeitscht wurden. Bei dieser Verhöhlung vergaß man, darüber nachzudenken, wie die Wirklichkeit aussteht, die in der Geschichte verankert ist.

Und diese Wirklichkeit sagt, daß neben uns auf demselben Gebiet diejenigen zusammenleben müssen, die dort wohnen, daß sie unter der Bedingung der gegenseitigen Achtung viel näher zusammenleben können, daß sie, wenn sie wollen, leicht zu einer Verständigung in sogar sehr strittigen Fragen kommen, daß sie ihr Leben viel besser werden gestalten können, als in der Atmosphäre des ewigen Kampfes.

Die Beseitigung dieser beiden schädigenden Stimmungen halte ich als das Wichtigste. Unsere Geschichte weist darauf hin, daß wir nicht allein mit anderen Völkern zusammenzuleben vermochten, sondern daß wir sie als brüderlich anzusehen verstanden.

Die fundamentale Seite dieses Problems muß führen in Angriff genommen werden ohne den Willen, uns durch die Planer des Hasses von allen nationalen Minderheiten in Polen abzugrenzen, und wir werden dort auch eine Lösung für das konkrete Problem finden, das mit der Frage der parlamentarischen Vertretung zusammenhängt.

Die parlamentarischen Verfassungsgruppen an der Arbeit.

Am Donnerstag vormittag 9 Uhr haben die vereinigten Verfassungsgruppen des Sejm und des Senats unter dem Vorsitz des Bismarschalls Car die Beratungen über die vom Regierungsklub ausgearbeitete Wahlordnung zum Sejm und Senat begonnen. Wie verlaufen, sind besonders von konservativer Seite gegen verschiedene Leitgedanken der neuen Wahlordnung Bedenken erhoben worden.

S. A. Die betreffende Kasse ist nicht verpflichtet, kleinere Abzahlungen zu gestatten, aber vielleicht läßt sie mit sich reden. Die Hypothek fällt nicht unter das Moratorium vom 29. 3. 33, ihre Ablösung kann also sofort verlangt werden. Und wenn das Abkommen mit der Kasse notariell beurkundet worden ist, braucht die Kasse nicht einmal zu klagen, sondern kann Ihnen sofort den Gerichtsvollzieher auf den Hals jagen.

Alexander. Wenn Ihre Ehe nicht 6 Monate bestanden hat, so haben Sie auf Witwenrente aus der Unfall- oder Invalidenversicherung keinen Anspruch, es sei denn, daß der Tod Ihres Mannes (des Versicherten) aus Ursachen erfolgte, die nach der Scheidung eingetreten sind.

R. M. 7. 5. Die fragliche Hypothek unterliegt dem Gesetz vom 29. 3. 33, Bezahlung kann also vor dem 1. Oktober 1933 nicht gefordert werden, und der Zinsfuß darf 6 Prozent nicht übersteigen. Eine höhere Bezahlung für die Zeit vom 1. 4. 33 ab hätte Sie nur dann verlangen können, wenn Sie vorher mit dem Schuldner vereinbart hätten, daß Sie, wenn der Schuldner die Zinsen nicht pünktlich zahlt, höhere Zinsen nehmen würden. Das ist hinsichtlich der Zinsen die einzige Ausnahme, die das fragliche Gesetz zuläßt. Der höchste Zinsfuß wäre in solchem Falle 8 Prozent gewesen.

In Danzig
nimmt unsere Filiale von
Tel. 21984 H. Schmidt, Holzmarkt 22 Tel. 21984
Insolvenz und Abonnements
zu Originalpreisen für die
„Deutsche Rundschau“
entgegen.
Verlangen Sie bitte in den Hotels und Restaurants die „Deutsche Rundschau“. Das Blatt liegt überall aus.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ausweis der Bank Polski.

April-Ultimo glatt.

Aktiva:	30. 4. 35	20. 4. 35
Gold in Barren und Münzen	508 346 753,88	508 112 995,53
Baruten, Devisen usw.	18 996 478,35	18 884 943,—
Silber- und Schiedemünzen	41 239 133,32	45 362 010,75
Wechsel	616 697 733,61	615 189 647,85
Diskontierte Staatscheine	25 340 400,—	21 297 700,—
Lombardforderungen	45 724 030,42	43 895 941,37
Effeten für eigene Rechnung	41 273 577,36	39 197 399,98
Effetenreserve	89 266 196,02	89 266 196,02
Schulden des Staatshauses	90 000 000,—	90 000 000,—
Immobilien	20 000 000,—	20 000 000,—
Andere Aktiva	155 598 743,77	154 981 326,83
 Passiva:		
Uttenskapital	150 000 000,—	150 000 000,—
Reservefonds	114 000 000,—	114 000 000,—
Kotenumlauf	946 051 670,—	913 626 320,—
Sofort fällige Verpflichtungen:		
a) Girorechnung der Staatskasse	17 214 998,85	4 213 472,81
b) Kreditliche Girorechnung	188 593 490,66	211 341 879,21
c) Verschiedene Verpflichtungen	27 143 413,41	28 553 100,16
Sonderkonto des Staatshauses	214 477 473,81	224 453 389,15
 Andere Passiva	1 652 481 046,73	1 646 188 161,33

In der letzten Aprildekade ist der Goldvorrat der Bank Polski um 0,2 Mill. Zloty auf 508,3 Mill. Zloty angewachsen, der Devisenvorrat um 0,1 Mill. Zloty auf 19 Mill. Zloty. Die Summe der erteilten Kredite betrug 687,8 (+ 7,4) Mill. Zloty, wovon 616,7 (+ 1,5) Mill. Zloty auf das Wechselportefeuille, 25,8 (+ 7,4) Mill. Zloty auf die diskontierten Schatzanweisungen und 45,7 (+ 1,8) Mill. Zloty auf den Lombardkredit entfallen. Der Banknotenumlauf hat sich um 82,4 Mill. Zloty erhöht und betrug 936,1 Mill. Zloty, demzufolge ist auch die Golddeckung der Währung von 48,04 Prozent auf 47,38 Prozent zurückgegangen.

Polens Wirtschaftslage

in der Beleuchtung des Polnischen Konjunkturforschungsinstituts.

Das Polnische Konjunkturforschungsinstitut schildert die Wirtschaftslage Polens im I. Quartal 1935 wie folgt.

Mit Rücksicht auf die allgemeine Weltwirtschaftslage konnte man im ersten Jahresviertel 1935 für Polen keinerlei Anregungen zur Produktionssteigerung erwarten. Im Gegenteil stieg die Exportindustrie in diesem Zeitraum auf die Notwendigkeit, neue Beschränkungen vorzunehmen (Kohle, Eisen). Die Produktionssteigerung musste sich demnach, wie bisher, ausschließlich auf Anregungen, die von der Binnennirtschaft ausgingen, stützen. Ein destruktiver Faktor war in den letzten Jahren (1933 und 1934) die Dethesaurierung, die nach der Abwertung des Dollar eintrat. Zurzeit hat sie zweifellos eine erheblich geringere Bedeutung. Die immerhin vollzogene Produktionssteigerung ersehnte die Dethesaurierungstätigkeit, und wurde sogar Ausgangspunkt für weitere Steigerungsprozesse, da sie bestehende Befürchtungen hinsichtlich zu schaffender Vorräte beseitigte und auch zu Investierungen anregten.

Das Ausmaß der Investierungstätigkeit wies im ersten Jahresviertel 1935 eine wesentliche Steigerung auf (von 41,2 auf 44,1). Neben dem bisher durchweg vorherrschenden Kleinbauwesen begann sich der Bau von größeren Binschläufen zu entwickeln, und es stiegen auch erheblich die Industrieanvestierungen.

Die Industrieproduktion erfuhr allerdings eine gewisse Verminderung von 65,3 auf 62,3. Dies dürfte jedoch keine symptomatische Erscheinung sein. Die Erholung wurde hauptsächlich auf den Gebieten eingeschränkt, in denen dies eine ständige Erscheinung um diese Jahreszeit ist (Baugewerbe, Mineralindustrie und in kleinen Maße Metallindustrie), oder in denen vorher vorübergehend Erhöhungsfaktoren wirkten (Lebensmittelindustrie) — in der Zeit der diesjährigen belasteten Zuckerkampagne. Mit der fortschreitenden Frühjahrsaison kehrte die Produktion zu ihrem vorher erreichten Niveau zurück und wies bereits im März den Index 64,7 aus.

Der Verbrauch wies bisher lediglich eine schwache Steigerung auf. Die Vergrößerung der Verbrauchsänderungen im Verhältnis zu den Produktionschwankungen ist eine stetige Erscheinung. Die derzeitige Langwierigkeit ist dagegen vielleicht eine Konsequenz der Dauer der Krise und der Steigerung der Verhöhung, die getilgt werden muss. Mit der Zeit muss jedoch eine Verbrauchssteigerung eintreten, und — was eng damit zusammenhängt — eine Produktionserhöhung der Verbrauchsgüter.

Unter Zugrundelegung dieser Faktoren kann eine Steigerung der Wirtschaftstätigkeit lediglich im langen Tempo erfolgen. In geringem Maße kann sie durch den privaten Kreditmarkt beschleunigt werden, und zwar mit Rücksicht auf seine beschränkte Rolle in der Wirtschaft. Es hat auch bereits der Abstrom des in den Banken niedergelagerten Auslandskapitals vollkommen aufgehört und sogar ein gewisser Auftrieb eingetreten, der jedoch nicht groß ist und bisher keine deutlichen Anzeichen einer Dauerhaftigkeit besitzt. Die Kreditaktivität der Privatbanken hielt sich beim bisherigen Umfang ohne Tendenzen zur Steigerung. Auf dem Depositenmarkt trat eine weitere Herauslösung des langfristigen Kredits von 11,5 auf 11 Prozent ein. Die Emissionsaktivität ruht weiterhin. Die Gold- und Devisenreserven haben sich lediglich unerheblich vermindert.

Im bevorstehenden Jahresviertel ist, da in ihm der Anfang der neuen Bauaisa fällt, das Auftreten von Erscheinungen des oben festgestellten allmählichen Erhöhens des Produktions- und Verkehrsniveaus ohne weitgehende Änderungen zu erwarten.

Aenderung polnischer Zollnachlässe und Einfuhrverbote.

Im "Dziennik Ustaw" sind neue Verordnungen, die wichtige Änderungen der autonomen Zollnachlässe und der Einfuhrverbote enthalten, veröffentlicht worden. Eine Anzahl von Waren wie Traubensaft, Klippfische, einige Chemikalien, einige Baumwollgewebe, ungesärbtes Pergamentpapier u. a. m. versterben mit dem 1. Mai die ihnen zugesetzten Zollnachlässe bzw. Zollbefreiungen und werden von diesem Tage an nach autonomen bzw. Vertragszollhäfen verzollt. Bei einigen anderen Waren ist die Höhe der Zollnachlässe geändert worden. Der Verordnung sind drei Zollnachlässen beigefügt. In der Liste 1 angeführte Waren bedürfen zur Einfuhr wie bisher der Genehmigung des Finanzministers. Die in der Liste 2 angeführten Waren bedürfen ebenfalls der Genehmigung, die jedoch von der zuständigen Handels- und Gewerbebehörde und nicht wie bisher vom Finanzminister erteilt wird. Für die in der Liste 3 angeführten Waren erteilen die zuständigen Zollämter automatisch Zollbefreiung bzw. Zollnachlässe. Die bis 30. April erteilten Einfuhrgenehmigungen behalten ihre Gültigkeit bis zum 31. Oktober d. J., doch werden die Zollnachlässe bereits nach den Bestimmungen der neuen Verordnung zur Anwendung gebracht. Der Verordnung über die Einfuhrverbote sind ebenfalls zwei Warenlisten beigelegt. Die in der Liste 2 angeführten Waren fallen unter das sogenannte Kriseneinfuhrverbot, das bis zum 31. Oktober d. J. befristet ist.

Firmennachrichten.

v Graudenz (Grudziadz). In Sachen des Konkursverfahrens der Firma H. Grabowski in Graudenz Gläubigerversammlung am 26. Juni 1935, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 2.

v Neustadt (Wejherowo). Zwangsversteigerung des Dargoleum belegenen und im Grundbuch Dargolewo, Blatt 1, auf den Namen der Cheleute Józef und Maria Łowalski in Gniezno, Sw. Michała 29, eingetragenen landwirtschaftlichen Grundstücks von 312,07,69 Hektar (mit Gebäuden) am 8. Juni 1935, 10 Uhr, im Burggericht, Sitzungssaal. Schätzungspreis 196 420 Zloty.

Polens Außenhandel im ersten Quartal 1935.

Das Statistische Hauptamt in Warschau veröffentlicht folgende Angaben über den polnischen Außenhandel im ersten Vierteljahr 1935:

Der Anteil der europäischen Länder an der Ausfuhr Polens im März unterlag einer Vermindeung im Vergleich zum Februar d. J. und zwar zugunsten der außereuropäischen Länder (83 Prozent im März gegen 83,4 Prozent der Gesamtausfuhr im Februar). Demzufolge ist der Anteil der außereuropäischen Länder an der Ausfuhr Polens von 16,6 auf 17 Prozent gestiegen. Dieser steigende Anteil der außereuropäischen Länder an der Ausfuhr Polens tritt noch stärker in Erscheinung, wenn man das Vierteljahr 1935 im Bezug achtet. Die europäischen Länder waren an der Ausfuhr Polens in dieser Zeit insgesamt mit 84,2 Prozent beteiligt, während diese Beteiligung noch im ersten Vierteljahr 1934 90,5 Prozent betrug. Von der Gesamtausfuhr Polens nach den außereuropäischen Ländern gingen im Vorjahr also kaum 9,5 Prozent, während es in diesem Jahre bereits 15,8 Prozent sind.

In der Ausfuhr nach den europäischen Ländern sind folgende Veränderungen eingetreten:

Die Ausfuhr Polens nach England verringerte sich im März auf 13,8 Prozent (im Februar 16 Prozent). Überhaupt ist die Ausfuhr Polens nach England im ersten Vierteljahr d. J. zurückgegangen, sie betrug von der Gesamtausfuhr 15,6 Prozent gegenüber 17,7 Prozent im gleichen Abschnitt des Vorjahres. Der Anteil Deutschlands betrug im März 18,5 Prozent (im Februar 18,8 Prozent). Deutschland's Anteil hat sich demnach verbessert. Österreichs Anteil betrug 6,3 Prozent (im Februar 6,2 Prozent), der Tschechoslowakei 5,5 Prozent (7,3 Prozent), Belgien 5,3 Prozent (6,9 Prozent), Italien 4,5 Prozent (3,6 Prozent), Schweden 4,3 Prozent (4,6 Prozent), Hollands 4,2 Prozent (4 Prozent).

Von den außereuropäischen Ländern sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika der größte Abnehmer, sie sind mit 5,5 Prozent im März an der Ausfuhr Polens beteiligt gewesen (im Februar 5,7 Prozent).

Was die Einfuhr Polens anbelangt, so betrug sie aus europäischen Ländern im März 64,8 Prozent (im Februar 66,2 Prozent), in der gleichen Zeit betrug der Anteil der außereuropäischen Ländern an der polnischen Einfuhr 35,2 Prozent (33,8 Prozent). Im ersten Quartal d. J. betrug der Anteil der europäischen Länder an der Gesamteinfuhr 65 Prozent, im gleichen Abschnitt des Vorjahrs 57,7 Prozent. Der Rest entfiel auf außereuropäische Länder.

An der Einfuhr waren folgende europäische Länder beteiligt: Deutschland mit 13,6 Prozent (im Februar 14,8 Prozent), England mit 11,6 Prozent (10,6 Prozent), Frankreich mit 5,7 Prozent (5,1 Prozent), Italien mit 6,4 Prozent (4,4 Prozent). Österreich mit 4,7 Prozent (4,8 Prozent). Von den außereuropäischen Ländern war USA der Hauptlieferant mit 12,7 Prozent der Gesamteinfuhr Polens (im Februar 13,1 Prozent).

Russlands Außenhandel im ersten Quartal 1935.

Der Gesamtbetrag des russischen Außenhandels im ersten Quartal 1935 stellte sich, wie die Zeitschrift "Sowjetwirtschaft und Außenhandel" meldet, auf 117,1 Mill. Rbl. gegenüber 134,1 Mill. Rbl. im ersten Quartal 1934, was einen Rückgang um 12,7 Prozent bedeutet. Dabei stellte sich die Sowjetunion auf 68 auf 68,1 Mill. gegenüber 84,6 Mill. und die Sowjetunion auf 49 Mill. gegenüber 49,5 Mill. Während mithin der Sowjetexport einen Rückgang um 19,5 Prozent aufweist, ist der Sowjetimport nur um 1 Prozent gesunken. Im Zusammenhang mit dem starken Ausfuhrrückgang hat sich der Aktivsaldo der russischen Handelsbilanz im Berichtsquartal erheblich vermindert: er betrug 19,1 Mill. gegenüber 35,1 Mill. Rbl. im ersten Quartal 1934.

Guldenabwertung und Danzigs Handel mit Polen.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Nach den Verordnungen des Senats über Preiserhöhungen für nicht Danziger Waren ließ der Andrang zu den Geschäften des Einzelhandels schon etwas nach. Die Androhung hoher Freiheits-

und Geldstrafen für Hamster, sowie der Beschlagnahme und Einziehung von über das normale Bedürfnis hinaus erworbenen Waren hat weiter dazu beigetragen, daß das Schlangestehen vor den Läden und sinnlose Aufkaufen aller erreichbaren Waren heute nicht mehr im gleichen Maße, wie an den Vortagen zu beobachten war. Andererseits sieht die Bevölkerung auch, daß sie durch die Regierung gegen Schieber und Preisstreiber geschützt wird. Alle Personen, die anlässlich der Umwertung des Danziger Gulden, sei es durch Seitenhandel oder Verfälschung und Verheimlichung alter Waren oder durch sonstige unlautere Methoden, die Preise in die Höhe treiben oder sich oder einem Dritten Vermögensvorteile verschaffen wollen, haben Gefängnis- oder gar Zuchthausstrafen neben Geldstrafen bis zu 100 000 Gulden zu erwarten. Die Erkenntnis dringt immer mehr durch, daß die Angitäufe nur die Lage verschlimmern können und daß die Preise gar nicht in dem Maße der Guldenabwertung steigen können, weil ja die ausländigen Berechnungsfaktoren, wie Löhne, Mieten, Steuern nicht erhöht werden sind. Für besondere Härten werden Ausgleichsmöglichkeiten gesucht werden, wie das die Regierung von Anfang an betont hat und für aus dem Auslande eingeführte Waren werden notwendig von den Exporteuren die neuen Danziger Abfallmarkte nicht verlieren.

Während im Innern ruhige Besonnungen allmählich die Angstpsychose der Hamsternaturen verdängt, beschäftigt man sich in Wirtschaftskreisen vor allem mit der Frage der Auswirkungen der Guldenabwertung auf Danzigs Außenhandel. In diesem Zusammenhang sind von besonderer Wichtigkeit Ausschüsse, die der Syndikus der Danziger Handelskammer Dr. Chrzan über die Danziger-polnische Wirtschaftslage im Danziger "Porpoisen" in einer großen handelspolitischen Abhandlung macht, mit welcher wir uns noch besonders befassen werden.

Danziger Guldenabwertung und die polnische Holzwirtschaft.

Im Zusammenhang mit der Umwertung des Danziger Gulden war an der Warschauer Börse eine gewisse Unsicherheit eingetreten, zumal die ersten Nachrichten aus Danzig uneinheitlich lauteten. Die Bank Polski hat an dem Tage des Bekanntwerdens der Guldenabwertung Scheids auf Danzig nicht verkauft. Dagegen haben größere polnische Banken die Verkäufe getätigt und zwar schon unter Berücksichtigung des neuen Guldenkurses im Verhältnis von 1 Gulden = 1 Zloty. Sie erhoben dabei eine Provision von 1/4 Prozent, mindestens aber 2,50 Zloty von jeder Transaktion. Ungünstige Folgen der Abwertung der Danziger Währung dürften für die polnische Holzwirtschaft kaum eintreten, soviel sich das heutigen erkennen läßt. Die Zahl der Abschlüsse auf Danziger Guldenbasis ist verhältnismäßig gering. In Betracht kommen dabei hauptsächlich Lieferungen für den internen Danziger Markt, die meistens aber gegen bar getätig werden. Die Exportabschlüsse werden in der Regel in Zloty oder in der Währung des ausländischen Abnehmers getätig.

In Warschau spricht man davon, daß eine Reihe Danziger Holzfirme angeblich bedeutende Summen auf Kosten der Banken an den erhaltenen Lombardkrediten verdienen.

Zuckeranbau Europas.

Das Internationale Landwirtschaftliche Institut in Rom veröffentlicht eine Zusammenstellung der statistischen Angaben über den Zuckeranbau für das laufende Jahr. In den europäischen Ländern ohne Jugland betragen die Anbauflächen 96 Prozent vom Jahresdurchschnitt 1929 bis 1933. Die Fläche des Zuckeranbaus in Polen beträgt 98 Prozent der Fläche vom Jahre 1934 und 70 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1929–33. In Deutschland und Litauen hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Anbaufläche vergrößert, in Finnland, Ungarn und Italien sind die bisherigen Anbauflächen beibehalten worden. Andere europäische Länder haben eine Einschränkung ihrer Zuckeranbauflächen vorgenommen.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörsen vom 9. Mai. Die Preise laufen Parität Bromberg (Waggonsladungen) für 100 Kilo in Zloty.

Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 f. h.), Weizen 737,5 g/l. (125,2 f. h.), Braugerste 707 g/l. (120,1 f. h.), Einheitsgerste 685 g/l. (116,2 f. h.), Sammelgerste 661 g/l. (112 f. h.), Hafer 468,5 g/l. (78,1 f. h.).

Transaktionspreise:

Roggen	— to	—	gelbe Lupinen	— to	—
	— to	—	Belluschen	— to	—
	— to	—	Einheitsgerste	— to	—
Stand.-Weiz.	— to	—	Bittereriaeben	— to	—
Roggenfleie	— to	—	Speisefart.	— to	—
Weizenkleie, gr.	— to	—	Sonnen	— to	—
Hafer	— to	—	blumentuchen	— to	—

Richtpreise:

Rogaen	14.25–14.50	Weizenfleie, grob	11.25–11.50

<tbl_r cells="4" ix="1" maxcspan="